

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nr. 4/6

JUNI 1950

1 Schilling

Befreiung, Freiheit, Frieden

Es ist uns mehr als bloßer Brauch, wenn wir die Wiederkehr eines bestimmten Tages in der schnellen Flucht der Jahre zum Anlaß nehmen, um innezuhalten in unserer Arbeit und rasch zu prüfen, wo wir stehen, aber auch kurz zurückzuschauen, woher wir kommen, und jener Kampfgenossen zu gedenken, die zurückgeblieben sind. Und wieviel mehr bewegt es uns, erfüllt es uns mit noch verstärktem Kampfeswillen, wenn auch die Jahreszahl sich rundet und wir erkennen müssen, was und wieviel wir schon erreicht haben — und doch zugleich wie wenig, gemessen an dem großen Ziel, verglichen mit der großen Aufgabe, die zu erfüllen wir uns vorgenommen haben; und solche Tage der prüfenden Besinnung liegen gerade jetzt wieder hinter uns.

Vor fünf Jahren, da haben sich die Tore der Konzentrationslager weit aufgetan, vor fünf Jahren, da ist das verbrecherische Schreckensregime des Nazifaschismus unter den Schlägen der siegreichen demokratischen Welt in Blut und Asche versunken. Millionenfaches Leid, Millionen Tote, zehntausende Opfer, tausende zerbombte und verbrannte Städte waren das Ergebnis.

In diesem Augenblick schlug für uns die Stunde der Befreiung, die Stunde, für die wir jahrelang gekämpft, für die die Besten von uns das einzige, Höchste, was sie besessen hatten, geopfert hatten: ihr Leben.

Ihrer aller haben wir in diesen Wochen oft gedacht, ihnen allen haben wir mit alter Leidenschaft gelobt, nicht zu erlahmen in dem Kampf um ihre hohen Ziele, die ja die unseren sind, und die auch wir noch nicht erreicht haben.

Fünf Jahre! Befreit und doch noch immer nicht frei — befriedet und doch noch immer nicht im Frieden. Für diesen Frieden, für diese Freiheit werden die sozialistischen Freiheitskämpfer aber auch heute alles tun, was in ihren Kräften steht. Sie wissen, daß diese höchsten Güter des Menschen ihm nicht von ungefähr als ein Geschenk des Himmels in den Schoß fallen; sie wissen, daß sie vielmehr in einem steten und beharrlichen Kampf errungen werden müssen, sollen sie nicht schon verloren sein, noch bevor man sie so richtig je besessen hat. Der Einsatz ist des hohen Preises wert.

Wir wollen Freiheit statt Befreiung, wir wollen Taten statt der schon zu vielen Worte. Man gebe unserem Lande endlich den Staatsvertrag und leiste damit einen Beitrag zu einem wirklichen Frieden in der Welt. Dann wollen wir dafür sorgen, daß es die schönere Welt des Sozialismus werde, für die wir gekämpft haben, für die wir alle kämpfen.

Kommunistischer Friedensschwindel

So wie die Kommunisten die uns heiligen Begriffe des Sozialismus, der Freiheit und der Demokratie geschändet und in das Gegenteil ihrer Bedeutung verkehrt haben, so treiben sie auch mit dem Frieden ihr Schindluder. Nichts wünschen die Völker nach dem furchtbaren faschistischen Krieg mehr als den Frieden. Es ist das tragische Schicksal unserer Zeit, daß der Beendigung des blutigen Waffenganges nicht ein echter Frieden gefolgt ist, sondern daß die Menschheit weiter gespalten ist in zwei gegnerische, gut gerüstete Lager, die einander bedrohen, statt in gemeinsamer Arbeit allen Reichtum der Welt und alle Errungenschaften des technischen Fortschritts zu nützen, um eine bessere Welt aufzubauen. Dieses Versagen fühlen die Menschen überall, und darum ist bei allen Völkern die Sehnsucht nach einem wirklichen Frieden groß: sie muß am stärksten in Ländern wie Österreich sein, denen seit dem Ende des Krieges nicht einmal ein formaler Frieden gegönnt ist, sondern die heute noch unter Kriegsrecht und militärischer Besetzung stehen.

Die Friedenssehnsucht aller Menschen suchen die Kommunisten für ihre parteipolitischen Zwecke auszunützen, und es war ein teuflisch geschickter Trick des russischen Propagandisten Ehrenburg, diese falsche Friedenspropaganda noch dazu in eine Richtung zu lenken, die sich allein gegen den Westen und nicht ebenso auch gegen den Ostblock wendet. Diese seltsamen Friedensfreunde verdammen nicht den Krieg in jeglicher Form und treten nicht ein gegen die Rüstung in allen Ländern und gegen alle Waffen: ihre Propaganda richtet sich nur gegen eine einzige Waffe, gegen die Atombombe, über die nur die Amerikaner verfügen oder in deren Erzeugung sie zumindest den Russen weit voraus sind. Durch diese Einseitigkeit wird aber die Friedenspropaganda selbst zum Kriegsmittel, zur Waffe im gegenwärtigen „Kalten Krieg“. Schon die Generalstäbe Wilhelm II. und Hitlers haben gewußt, welche Bedeutung einer Friedenspropaganda im gegnerischen Land zukommt, und haben die pazifistische Bewegung in Frankreich reichlich mit Geld unterstützt. Der Kommunist Ernst Fischer hat offen zugegeben, daß die gegenwärtige Friedenspropaganda denselben Zweck verfolgt: „Wenn zehn Millionen Menschen“, hat er gemeint, „in Frankreich die Friedensresolution unterschreiben, werden sich die französischen Machthaber sagen, mit einem solchen Volk kann man keinen Krieg führen.“ Der Westen soll also dazu gebracht werden, keinen Krieg führen zu können, während gleichzeitig der Osten fieberhaft aufrüstet und die Kriegsbereitschaft der Massen durch eine militaristische und nationalistische Propaganda aufs höchste aufgestachelt wird.

Als auf dem kommunistischen Friedenskongreß in Wien eine einzelne unabhängige Stimme

den einseitigen Wahlschwindel entlarvte und darauf hinwies, daß Millionen Menschen in den westlichen Ländern in der Angst leben, der militärisch hochgerüstete Osten würde eines Tages über Europa herfallen, erklärten ein tschechischer und ein russischer Delegierter, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten niemals einen Angriffskrieg führen werden. Es wäre eindrucksvoller, wenn nicht irgendwelche Delegierte auf einem kommunistischen Kongreß, sondern die verantwortlichen Staatsmänner der Sowjetunion vor dem zuständigen Forum des Weltsicherheitsrates und der Generalversammlung der Vereinten Nationen solche Erklärungen abgeben würden. Und es wäre noch weit wirkungsvoller, wenn sie statt schöner, aber billiger Worte ihren Friedenswillen durch Taten beweisen würden. Gerade Österreich böte die Gelegenheit zu einer solchen Tat, die die Verständigungsbereitschaft der Sowjetunion der ganzen Welt offenkundig machen würde: sie müßte sich nur entschließen, unserem Lande den Frieden zu geben, indem sie den Staatsvertrag unterschreibt.

Vor kurzem hat auch der amerikanische Außenminister die feierliche Erklärung abgegeben, daß der Gedanke, die Vereinigten Staaten könnten einen Präventivkrieg beginnen und über der Sowjetunion Atombomben abwerfen, unvorstellbar ist, da eine solche Handlungsweise gegen jedes moralische Prinzip des amerikanischen Volkes verstoßen würde. Seinen Worten ist ebenso Glauben zu schenken wie den Beteuerungen der Sowjetdelegierten, daß der Ostblock niemals einen Angriffskrieg beginnen werde: wir haben die Überzeugung, daß keine der gegnerischen Mächte ernstlich den Krieg will, weil sie beide wissen, daß ein neuer Krieg das Ende der menschlichen Zivilisation bedeuten müßte.

Wenn aber beide keinen Krieg wollen, dann ist es auch sinnlos, diesen gegenwärtigen „Kalten Krieg“ fortzusetzen, der die Völker in ihrer Entwicklung hemmt, dann wird auch die Absurdität der falschen kommunistischen Friedenspropaganda klar, weil sie nur zur Verschärfung der Gegensätze führt, das gegenseitige Mißtrauen steigert und neue Konflikte schafft.

Der Friede kann nicht mit Drohungen, Anklagen und Beschimpfungen erzwungen werden. Auch nicht mit Unterschriftensammlungen und weder mit militanten Aufmärschen noch auf geschwätzigen Kongressen! Der Friede kann nur durch eine Verständigung zwischen den Völkern erzielt werden, indem sich ihre verantwortlichen Staatsmänner an den Beratungstisch setzen und mit dem guten Willen zur Einigung Schritt um Schritt alle Hindernisse wegräumen, bis sie die gemeinsame Lösung gefunden haben.

Deutsche Richter als Handlanger des Nazismus

Für sie sind Freiheitskämpfer rechtloses Freiwild

Die Herren, die uns den totalen Terror und auch den schändlichsten aller Kriege beschert haben, die Herren, die es so trefflich verstanden, aus dem Blut der Völker Kapital zu schlagen, sind aus ihren Mäuselöchern, in die sie sich 1945 verkrochen haben, längst wieder hervorgekommen und lassen wieder sehr laute Töne hören. Sie danken es der sträflichen Dummheit einer überängstlichen „Befriedungspolitik“ um jeden Preis und dem Langmut einer an ihrer eigenen Kraft verzweifelnden Demokratie, daß sie sich nach einer kurzen, aber ungenützten Wartefrist der Gewissenerforschung wieder organisieren durften und nun auch wieder in den gesetzgebenden Körperschaften zu Worte kommen. Aber darüber hinaus finden wir diese wohlkonservierten Überdauerer des Dritten Reiches an ihren alten Wirkungsstätten, in der Rechtsprechung, die sie einst im Dienste des braunen Gangsterregimes täglich mißbraucht hatten, in der Hoheitsverwaltung der Länder, wo sie sich schon bei Adolf hohe Verdienste um die Heranzüchtung und Leitung eines submissen Untertanentums erworben hatten, auf Lehrstühlen, die sie zu Lehrkanzeln des Hasses und der Ignoranz gemacht haben und in der Industrie, die sie zu Waffenarsenalen der Kriegsverbrecher umgestaltet haben. Die Folgen dieses bedenkenlosen Generalpardons um jeden Preis sind nicht ausgeblieben. Es vergeht kein Tag, an dem die deutsche Presse nicht über Provokationen dieses nun wieder in Amt und Würden befindlichen Nazitums zu berichten wüßte. Jeder Tag lehrt es uns von neuem: Ein namhafter Teil des deutschen Bürgertums ist einfach unbeherrschbar, selbst die Schrecken des Krieges haben es nicht vermocht, diese dem nationalen Größenwahn und einem ideologischen Marasmus verfallene Oberschicht zu einer Revision ihrer politischen Ansichten zu veranlassen. Und auch die ernüchternde Wirklichkeit einer unbestrittenen Niederlage hat diese Unentwegten keines Besseren belehrt.

Dem Einsichtigen war es von vorneherein klar, daß sich die deutschen Bürger, die sich einmal dem Nazismus verschrieben hatten, nie bereit finden würden, vor den Tatsachen zu kapitulieren. Im Gegenteil: es war kaum daran zu zweifeln, daß sich die Kräfte der Reaktion angesichts der beispiellosen Kompromißfreudigkeit gewisser verantwortlicher Kreise bald wieder sammeln und bei gegebener Gelegenheit neuerlich zum Schlage ausholen würden. Alle jene, die meinten, der faschistischen Bestie wären 1945 die Giftzähne ausgebrochen worden und sie nun, förmlich zum Haustier domestiziert, der Republik dienen würde, irrten. Sie mußten bald erkennen, daß es vergeblich gewesen ist, hier eine Läuterung der Geister zu

erhoffen. Wer zweifelt heute noch daran, daß die Entnazifizierung in Deutschland eine würdlose Komödie gewesen ist, deren Heiterkeitserfolg kaum darüber hinwegtäuschen kann, daß sie zugleich die Regisseure der Generalabsolution um den letzten Rest von Prestige gebracht hat? Die feiste, freche, mit Couleurschmissen tätowierte Nazivisage, die uns überall in Deutschland von Schalter und Amtstischen entgegenstarrt, versinnbildlicht sehr deutlich den ganzen Umfang der deutschen Tragödie von heute. Hinter dieser Maske grinst der Nihilismus hervor.

Vor einer Strafkammer des Kieler Landgerichtes stand kürzlich in Neumünster ein Bundesabgeordneter der äußersten Rechten, Herr Wolfgang Hedler von der „Deutschen Partei“, der Partei der Neonazi. Hedler hatte sich vor einigen Wochen in einer Versammlung in der niederträchtigsten Weise über die Widerstandskämpfer ausgelassen, die er „Volksverräter“ nannte, er hat sich nicht entblödet, die jüdischen Häftlinge zu verspotten, die in den KZs vergast wurden, und erging sich auch sonst in unqualifizierbarer Weise und in zynischen Bemerkungen über die demokratischen Einrichtungen. Ein Sozialdemokrat, der Zeuge dieser Pöbeleien gewesen ist, hielt die „Kernsprüche“ Hedlers schriftlich fest und erstattete schließlich die Anzeige. Die Folge war ein Auslieferungsbegehren gegen Hedler im Bundestag und ein Prozeß. Drei Widerstandskämpfer, Dr. Schumacher, Waldemar v. Knorring und Theodor Steltz, schlossen sich dem Verfahren an.

Das Beweisverfahren ergab einwandfrei die Schuld Hedlers. Aber der Gerichtshof maß den Angaben des Nazihetzers größeres Gewicht bei als den Belastungszeugen und nötigte die drei Kläger in die Position von Angeklagten: sie sollten ihre Unschuld beweisen, nämlich, daß sie keine Volksverräter seien. Offenbar waren diese sauberen Richter der deutschen Republik der Ansicht, daß der aktive Kampf gegen das Nazigezücht einem Volksverrat gleichzusetzen sei. Der Prozeßführung entsprach das Urteil. Es lautete auf Freispruch des Herrn Hedler.

Es hat so kommen müssen: Zwei von den Richtern des Gerichtshofes waren alte Parteigenossen, einer war 1933, der andere 1937 der NSDAP beigetreten.

Das Urteil hat bei der fortschrittlichen Presse und allen jenen, denen die Zukunft Deutschlands und die Sauberkeit der Rechtsprechung am Herzen liegt, ein ungeheures Echo ausgelöst. Schuhmacher sprach von einem „Schlag gegen Deutschland“ und bedauerte, daß sich nun eine neue Rechtsunsicherheit bemerkbar machen würde. Im bayrischen Landtag er-

klärte Präsident Dr. Georg S t a n d , daß dieses Urteil Anlaß zu ernster Besorgnis geben müsse und es notwendig geworden sei, ganz neue, rigorose Maßstäbe an den Richterstand zu legen.

Es war anzunehmen, daß die Arbeiterschaft diesem Exzeß der Nazijustiz nicht untätig zusehen werde. Es gab vielenorts Streiks und Demonstrationen und in zahlreichen Kundgebungen wurde die Anklage gegen die drei Richter gefordert, die sich zu Handlangern des Nazismus gemacht hatten. Es ist zu hoffen,

daß diese Herausforderung der Demokraten mit jener Entschiedenheit beantwortet wird, die Deutschland so nötig hat, um im Ansehen der demokratischen Welt zu bestehen.

*

Wie Reuter aus Bonn berichtet, wird sich Hedler dem Entnazifizierungsgericht stellen müssen, da er 1945 die an ihn gestellten Fragen wissentlich falsch beantwortet und auch nach dem Kriege Naziideen verbreitet hat.

ÖVP straft ÖVP Lügen

Vor uns liegen zwei verschiedene ÖVP-Zeitungen vom gleichen Tage: Das „Kleine Volksblatt“ vom 20. Mai 1950 und die „Junge Front“, die sogenannte „Wochenzeitung für politische Erneuerung“, ebenfalls vom 20. Mai. Im „Kleinen Volksblatt“ wird über eine Gründungsversammlung des „Bundes österreichischer Freiheitskämpfer“ berichtet, eines „Zweckverbandes der ÖVP“, wie es dort wörtlich heißt. Und dann lesen wir, ÖVP-Nationalrat Dr. Bock habe in einer Rede ausgeführt;

„... daß besonders jene, die schon vor 1938 bedingungslos zur Heimat standen, zu einer Zeit, als der Nationalsozialismus heftige Angriffe gegen die Unabhängigkeit Österreichs richtete und die emigrierte Sozialdemokratie das eigene Land bekämpfte, heute wieder mitarbeiten müßten.“

Und weiter:

„Es gehe nicht an, die Schutzbündler als Heldenkämpfer für Österreich zu preisen und die Angehörigen der vaterländischen Verbände als Faschisten zu schmähen, die sie niemals waren.“

Man könnte über derlei Provokationen der ÖVP hinweggehen, kämen sie nicht von Leuten, die nicht oft genug beteuern können, doch „endlich einmal“ einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen und nicht „immer wieder“ alte Wunden aufzureißen. „Die emigrierte Sozialdemokratie hat das eigene Land bekämpft!“ ruft Herr Nationalrat Bock pathetisch und weicht mit dieser Behauptung wieder einmal von geschichtlich längst erwiesenen Tatsachen ab! Wußte und weiß doch die gesamte zivilisierte Welt, daß die verfolgte, unterdrückte, verbotene Sozialdemokratie in Anhaltelager, in die Illegalität und ins Exil getrieben wurde, und nicht einen Kampf gegen Österreich, sondern gegen Brutalitäten einer Regierung zu führen hatte, die sich gegen den Willen eines sehr bedeutenden Teiles der österreichischen Bevölkerung gewaltsam mit Hilfe der Ausschaltung der Volksvertretung und im Schatten der Galgen an die Spitze des Staates gestellt hatte! Dieser nicht gegen das Land, sondern gegen Staats-

streichpolitiker, Hochverräter und Faschisten geführte Kampf der Sozialisten ist aus den Annalen der nach Freiheit ringenden Völker nicht mehr zu streichen!

Es kränkt die Herren um Dr. Bock, daß die Schutzbündler als Heldenkämpfer für Österreich gepriesen, die anderen aber als Faschisten bezeichnet werden, „die sie niemals waren“. Vielleicht lesen die Herren, wie die eingangs erwähnte zweite ÖVP-Zeitung vom 20. Mai, die „Junge Front“ — in deren leitenden Stellen sehr bekannte ÖVP-Mandatäre und wahrscheinlich auch ehemalige Heimwehrführer sitzen —, die „niemals faschistischen vaterländischen Verbände“ beurteilt! Vorher aber noch eine Bemerkung: Wir wollen uns wahrlich nicht mit dem sonstigen Ideengut der Leute von der „Jungen Front“ befreunden, wir haben auch keine Lust, uns in die Auseinandersetzungen innerhalb der ÖVP einzumengen. Wir können uns bei unserer Betrachtung darauf beschränken, jene Sätze des Artikels der zweiten ÖVP-Zeitung hervorzuheben, die im Zusammenhang mit den Behauptungen Dr. Bocks von Bedeutung sind. Die „Junge Front“ gefällt sich in der Rolle der Aufbegehrerin und meint in ihrem Artikel, der sich mit verschiedenen Erscheinungen in ihrer eigenen Partei befaßt:

„Es waren genau dieselben Männer in der Christlichsozialen Partei, die heute in der Volkspartei den Ton angeben, die auch gegenüber der Heimatwehr eine »abwartende Haltung« eingenommen haben“... „bis nichts mehr übrig blieb“,

heißt es im nächsten Satz,

„als hinter der verhängnisvollen Politik der inzwischen faschistisch gewordenen Heimwehr einherzulaufen.“

Es hätte nicht erst dieser Veröffentlichung in einer ÖVP-Zeitung bedurft, um die Behauptung der anderen ÖVP-Zeitung Lügen zu strafen.

Jawohl: Die Heimwehr war faschistisch, und die Sozialisten waren es, die zur Ehrenrettung Österreichs diesen Faschismus bekämpften. Dieses Urteil wurde von der Geschichte bereits eindeutig gefällt! Auch wenn gewisse Herrschaften nur ungern dieses Urteil hören wollen!

Ihre Antwort, Herr Bundeskanzler, steht noch aus!

In der „Neuen Wiener Tageszeitung“ lasen wir am 21. April 1950, daß, geführt von Nationalrat Dr. Fritz Bock, die Vertreter der ÖVP-Kameradschaft vom Bundeskanzler Dr. Ing. Figl empfangen wurden. Dabei übergab ihm der Wiedergutmachungsreferent Dr. Fillitz die Wünsche der öffentlich Angestellten, und der Bundeskanzler versprach, die zuständigen Stellen von den Forderungen zu verständigen. Es freut uns, daß unsere Kameraden von der ÖVP-Kameradschaft den Mut nicht verloren haben, obwohl sie in den letzten Monaten gerade in der Frage der Wiedergutmachung für die in der Zeit des Faschismus dienstlich geschädigten politisch verfolgten öffentlich Angestellten eine bittere Erfahrung nach der anderen zu sammeln Gelegenheit hatten.

Es freut uns, daß sie sich an Figl gewendet haben in einer Sache, in der auch wir uns an ihn gewendet haben. Sie sind zu dem Vorsitzenden ihrer Partei gegangen, wir haben im Parlament den Bundeskanzler gefragt. Sie haben irgendeine Art von Antwort bekommen, der Parteivorsitzende hat wenigstens versprochen, zuständige Stellen zu verständigen — wir warten schon mehr als vier Monate auf die Beantwortung unserer Anfrage, die der Bundeskanzler offensichtlich übersehen und vergessen hat. Die betroffenen öffentlich Angestellten aber können es nicht verstehen, daß ihr oberster Chef, der Bundeskanzler, der noch dazu ihr Leidensgefährte war, für sie keine Zeit hat, daß er aber als Parteivorsitzender der ÖVP Versprechungen zu machen imstande ist.

Die Wiedergutmachung für die nach 1945 außer Dienst gestellten Nazi-Beamten ist längst erfolgt, die Wiedergutmachung der Opfer von 1934 bis 1938 hat noch immer nicht begonnen. Und darum fragen wir den Bundeskanzler, wann er den sozialistischen Abgeordneten zu antworten gedenkt, die ihn im Dezember 1949 gefragt haben. „Ist der Herr Bundeskanzler in der Lage, mitzuteilen, wann der vom Bundesrat geforderte Gesetzentwurf dem Hause vorgelegt werden kann?“

Ist der Herr Bundeskanzler bereit, in diesem Entwurf auch die anderen Fragen der Wiedergutmachung aus politischen Gründen geschädigter öffentlich Angestellter zu berücksichtigen?“

Die Antwort des Bundeskanzlers

Nach Redaktionsschluß erhielt unser Genosse Mark die folgende Antwort seitens des Bundeskanzlers:

„Wie ich am Freitag, dem 17. Februar 1950, im Finanz- und Budgetausschuß ausgeführt habe, ist eine Wiedergutmachung für politisch Verfolgte aus der Zeit von 1933 bis 1945 deshalb noch nicht durchgeführt

worden, weil selbst bei bescheidensten Ansätzen hunderte Millionen Schilling für diese Aktion erforderlich wären. Schon anlässlich der Erstellung des Budgets sind Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Finanzen in dieser Richtung aufgenommen worden. Bei dem derzeitigen Stand der Staatsfinanzen kann dieser Frage aber momentan nur insoweit Rechnung getragen werden, daß seitens des Bundeskanzleramtes, das der Erledigung solcher Fragen durchaus nicht ablehnend gegenübersteht, neuerdings Verhandlungen eingeleitet werden.“

Wir können dazu nur feststellen, daß der Herr Bundeskanzler vollkommen falsch informiert wurde, wenn er glaubt, daß für diese Aktion Hunderte von Millionen Schilling erforderlich wären. Wir wissen, daß ein kleiner Bruchteil der Gelder, die den Nazi-Beamten ausbezahlt werden mußten, ausreicht. Wir freuen uns, daß der Bundeskanzler verspricht, neuerdings Verhandlungen einzuleiten. Es wäre ihm leicht möglich, die von ihm angeführten bescheidensten Ansätze wesentlich zu erhöhen, wenn er für eine rasche Erledigung sorgt, denn:

doppelt gibt, wer schnell gibt!

Keine Rentenkürzungen

Zwei Zahlen sind zu berichtigen

In der Nummer 2/3 unserer Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ haben wir auf Seite 2 über den Erfolg unserer Genossen Jochmann und Mark berichtet und die neuen Sätze für die Höhe der Renten bekanntgegeben.

Dabei ist in Spalte 2, Abs. 1, in der zweiten Zeile ein Druckfehler unterlaufen, und es muß statt 105 S richtig 110 S heißen. Eine zweite Richtigstellung ergibt sich im vorletzten Absatz der gleichen Spalte, letzte Zeile, wo an Stelle von 40 S richtig 80 S einzusetzen ist.

Die beiden genannten Absätze haben daher richtig folgenden Wortlaut:

Die Zusatzrente bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 70 Prozent beträgt 165 S, somit kann die volle Zusatzrente konsumiert werden, außerdem erhält das Opfer zur Zusatzrente noch je 25 S für die Gattin und das Kind. Besitzt die Gattin zum Beispiel ein Einkommen von 200 S, so erhöht sich das anrechenbare Nettoeinkommen des Mannes um 60 S und die Zusatzrente sinkt auf 110 S neben Frauen- und Kinderzulage.

Die Hinterbliebenenrente setzt sich ebenso wie die Opferrente aus Grund- und Zusatzrente zusammen. Die Grundrente beträgt hier 100 S, die Zusatzrente höchstens 120 S; für Witwen, die mehr als 55 Jahre alt sind oder für mindestens zwei minderjährige Kinder zu sorgen haben, soweit nämlich Zusatzrente und sonstiges Nettoeinkommen ohne Grundrente den Betrag von 400 S nicht erreichen. Für Witwen von 45 bis 55 Jahren oder solche, die für ein Kind sorgen müssen, beträgt die Zusatzrente höchstens 80 S.

Wir empfehlen, in der Nr. 2/3, Februar/März 1950, auf Seite 2 gleich die entsprechenden Korrekturen handschriftlich nachzutragen, damit keine Irrtümer oder Verwechslungen entstehen können.

Dr. Rollet und der VdU

Die Verhandlung neuerlich vertagt

Wir haben in der letzten Nummer unter dem Titel „Die Schuldigen fühlen sich getroffen!“¹⁾ über die Denkschrift berichtet, die Professor Dr. Edwin Rollet seinerzeit dem Unterrichtsministerium übergeben hat, und die Folgen, die sich daraus ergeben haben. Wir haben damals geschrieben, daß wir bald Gelegenheit finden werden, zu hören, was die Herren von der VdU-Presse zu den Anschuldigungen Rollets zu sagen hätten. Inzwischen ist ja bekanntlich im VdU ein weiteres Fortschreiten der schleichen- den Zersetzung festzustellen gewesen, und es mag sein, daß diesmal das mit die Ursache gewesen ist, warum die „Schuldigen, die sich getroffen fühlen“, zu der Verhandlung überhaupt nicht erschienen sind.

Die Verhandlung wurde am Samstag, den 3. Juni, zum drittenmal vor dem Strafbezirksgericht Wien aufgegriffen. Die beiden Kläger, die VdU-Abgeordneten Dr. Herbert Kraus und Dr. Viktor Reimann, waren nicht erschienen. Die Vorgeschichte dieses Prozesses beginnt mit der Denkschrift, in der Prof. Rollet im Dezember 1948 an der Spitze von 77 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gegen die Herausgabe einer österreichischen Literaturgeschichte durch den Professor Josef Nadler protestierte, der 1945 seines Postens als Universitätsprofessor für Germanistik enthoben wurde. Die Unterzeichner der Denkschrift waren in der Folge einer wüsten Kampagne der „unabhängigen“ Blätter ausgesetzt. Professor Rollet berief daraufhin im April 1949 eine Pressekonferenz ein, in der er diese Angriffe zurückwies und zum

¹⁾ Vergleiche „Der sozialistische Kämpfer“ Nr. 2/3, Februar/März 1950, Seite 4.

Problem der Literatur und der Presse der Neo-nazi Stellung nahm. Dabei sollen Äußerungen gefallen sein, durch die sich die beiden VdU-Nationalräte beleidigt fühlten.

Professor Rollet, der selbst zur Verhandlung vor dem Bezirksrichter Oberlandesgerichtsrat Russy erschienen war, wiederholte, was sein Vertreter bereits in früheren Verhandlungen vorgebracht hatte, daß er die inkriminierten Äußerungen bis auf eine Ausnahme nicht gemacht habe. Zum Beweis dafür wurde dem Gericht bereits in der ersten Verhandlung das Konzept seiner Ausführungen vorgelegt. Professor Rollet ging sogar so weit, zu erklären, daß er Dr. Reimanns „Neue Front“ nicht zur Neonazipresse zähle.

Wohl aber habe er Dr. Reimann der Lüge, der Hetze gegen die Emigranten und der Tatsachenfälschung geziehen, welche Anwürfe der Kläger anscheinend nicht als Beleidigung empfindet, da er deswegen keine Klage angestrengt habe. Er sei auch bereit, zu beweisen, daß die beiden Kläger das alte Naziprogramm wieder verwirklichen wollten, welche Bemerkung unter Anklage gestellt worden war. Der Vertreter Dr. Rollets beantragte, zur Durchführung des Wahrheitsbeweises Dr. Reimann und Dr. Kraus vor Gericht zu laden, um sie befragen zu können, welches ihr altes Programm war und welches ihr jetziges Programm sei, wobei sich die Identität der beiden Programme herausstellen werde.

Auf einen weiteren Antrag des Vertreters Dr. Rollets, die Gauakte der beiden Kläger herbeizuschaffen, um ihre nationalsozialistische

Die „Rabies nationalis“

Friedrich Nietzsches Stellung zur Rassenfrage

(Schluß)

Wiederholt rechnet der Philosoph mit dem Antisemitismus scharf ab. Er nennt ihn die „rabies nationalis“, wie er auch den Nationalismus als „die kulturwidrigste Krankheit“ bezeichnet. Er sagt:

„Die Juden sind in unbedingtem Maße gescheit: einem Juden zu begegnen, ist eine Wohltat, gesetzt, daß man unter Deutschen lebt. Ihre Gescheitheit hindert sie, auf unsere Weise nährisch zu werden, zum Beispiel national. Sie sind selbst ein Antidoton gegen diese letzte Krankheit der europäischen Vernunft. Sie sind ehemals zu gut geimpft — ein wenig blutig selbst —, um der Rabies nationalis zu verfallen.“ (Aus dem Nachlaß, Umwertungszeit-Werke, Band 14, Seite 227.)

Während Heinrich Heines Name aus der „völkischen“ Literaturgeschichte verwiesen wurde, sagte Nietzsche über diesen: „Deutschland hat nur einen Dichter hervorgebracht außer Goethe: das ist Heinrich Heine — und der ist noch dazu Jude.“ Und über sich selbst sagt er: „Meine Vorfahren Heraklit, Empedokles, Spinoza, Goethe.“

Bezeichnend sind auch die Sätze: „Gegen arisch und semitisch. — Wo Rassen gemischt sind, der Quell großer Kulturen.“

Und: „Maxima: Mit keinem Menschen umgehen, der an dem verlogenen Rassenschwindel Anteil hat.“

In einem Brief an seinen Freund Peter Gast (vom 22. Dezember 1888) sagte Nietzsche: „Ohne Juden gibt es keine Unsterblichkeit — sie sind nicht umsonst ewig.“^{*})

Der „Faschist“ Nietzsche

Unser Beitrag dient — obwohl wir Sozialisten uns ausdrücklich von Nietzsches Geschichtsauffassung distanzieren müssen — einer dem Gewissen auferlegten Pflicht, Nietzsches Bild von den abscheulichen Übermalungen durch eine Reihe gewissenloser Sudler zu säubern. Genügte doch der jahrelange Mißbrauch seines Namens, um den breitesten Schichten eine völlig abwegige Vorstellung von der geistigen Persönlichkeit des Philosophen zu vermitteln. Ist es nicht so, daß auch heute noch ein ganz falscher, ein „nationalsozialistischer“ Nietzsche, der „Faschist“ Nietzsche, in der Vorstellung der Menschen lebt? Ist es nicht so, daß viele an diesem Bild irre wurden? Es wird deshalb ratsam sein, wieder an die Quellen heranzugehen, es wird notwendig sein, immer wieder das sicher überlieferte Wort an Stelle der Inter-

^{*}) Alle die angeführten Zitate stammen aus dem Nachlaß Friedrich Nietzsches, Gesamtausgabe, Verlag Naumann, Leipzig, 1904, Band 13 und 14.

Vergangenheit festzustellen, kam die unfreundliche Antwort der Gegenseite, Dr. Rollet sei ebenfalls nationaler Burschenschafter gewesen. Die Verhandlung wurde zur Ladung der beiden Kläger vertagt.

Es wird also zu einer vierten Fortsetzung dieses Prozesses kommen und wir werden über

dessen Ausgang berichten. Wie wir schon in unserem seinerzeitigen Artikel erwähnten, empfehlen wir auch den Besuch dieser nächsten Verhandlung allen Freiheitskämpfern, weil sich die Anklage ja auch gegen jene richtet, die gerne in der Atmosphäre des VdU leben, obwohl sie der ÖVP verpflichtet sind.

Man marschiert wieder in Wels...

Sicherlich ist es für den einzelnen, insbesondere aber für jeden unmittelbar Betroffenen, ungleich entscheidender, daß „man in Buchenwald wieder stirbt...“, als daß sich in Wels unlängst eine Angelegenheit begab, über die wir im ersten Augenblick fast gewillt sind, mit einem mitleidigen Lächeln hinwegzugehen.

Sehr verständlich, wenn wir bedenken, daß es tatsächlich junge österreichische Menschen geben kann, die sich knapp fünf Jahre nach der totalen Bankrotterklärung des nazifaschistischen Klimbims zusammenfinden, um beim düsteren Schein der Fackeln ebenso düstere Eidesschwüre auf ein Programm zu leisten, dessen zweifelhafte Schöpfer vermutlich ebenfalls reichlich düster sein dürften. Wir können uns dabei nur fragen: Wie sehen diese fackeltragenden und schwörenden Jugendlichen wohl aus? Sind es Unbelehrbare oder fanatisierte Söhne und Töchter ehemaliger Nazibonzen, die mit knirschenden Zähnen nur auf eine neue „Nacht der langen Messer“ warten? Ist es der Abschaum der ordentlichen und anständigen Jugend unseres Volkes, der Morgenluft wittert und in den Kreisen der geheimnisvollen „Jungen Kameradschaft“ des VdU sich zu modernen Gangstern und Strolchen entwickelt? Nur zu leicht sind wir bereit, die Ereignisse, die

sich in Wels — und leider durchaus nicht nur in Wels — entwickeln, mit einer solchen Erklärung abzutun.

Für einige dieser unentwegten Welser Marschierer mag die Definition durchaus zutreffen. Der große Teil jedoch sind dieselben Buben und Mädels, dieselben Kinder von Arbeitern, Bauern und Mittelständlern, die an den Universitäten und Hochschulen dem Farbenklamauk der CV-Rattenfänger auf den Leim gehen.

Seien wir uns darüber klar, daß in beiden Fällen weder die zwölf- oder vierzehnjährigen Buben an den romantischen Lagerfeuern der VdU-Jungen-Kameradschaft noch die papageienfarbenen CVer der Hochschulen das wirklich Entscheidende darstellen. Wohl ist es in beiden Fällen gerade unsere ureigenste Aufgabe, die Aufgabe der kämpferischen Sozialisten, diesen Versuchen einer reaktionären Unterminierung der Demokratie auf das entschiedenste entgegenzutreten. Wohl müssen und werden unsere studentischen Genossen den CV-Farbenrummel genau so in seine Schranken weisen, wie unsere jungen Genossen in der Sozialistischen Jugend den Übergriffen der VdU-Gruppen Halt gebieten.

Wo aber unsere intensivste Arbeit einsetzen

pretation zu setzen. Dies bedeutet keine Parteinahme für die Lehren des Denkers, es entspricht nur einem Gebot der Sauberkeit in geistigen Dingen.

Immer hat Nietzsche, nach Podach, die Begriffe „Blut“ und „Rasse“, mit welchen die Nazi unbehindert Schindluder treiben durften, wohl auf individuelle Verhältnisse, nie aber auf Gruppen oder die Masse bezogen wissen wollen. Wie auch der „Übermensch“ ein „sporadisches Individualprodukt“, nicht aber den Begriff einer Rasse darstellen sollte. Podach sagt: „Spricht Nietzsche von Rassen im biologischen Sinn, so befindet er sich erst recht im entschiedensten Gegensatz zu der Rassentheorie des Antisemitismus. Denn er glaubte an die weitgehende Veränderlichkeit der Menschen und »Rassen« in Gegenwart und Zukunft und erwartete von der umformenden Kraft der Ernährungs- und Lebensart, insbesondere aber von Klimaeinflüssen wahre Wunder. Mag Nietzsches Stellung zum Entwicklungsgedanken theoretisch noch so kompliziert sein, für die hier behandelte Frage nahm er praktisch jenen reichlich einfachen Standpunkt ein, den man als Vulgärlamarckismus bezeichnen kann. Wie denn Nietzsche überhaupt in seinen Rassen- und Entwicklungsgedanken J. B. Lamarck sehr nahe stand, einem Manne, dessen Name unter den auf die „Unveränderlichkeit erbter Eigenschaften“ blindlings eingeschworenen Rassenbiologen mehr als Schimpfwort gangbar ist. Nicht zuletzt hielt Nietzsche schon auf Grund seiner historischen Kenntnisse das Gerede von »reinen« und

»echten« Rassen in dem heutigen Europa für pseudowissenschaftliche Schaumschlägerei.“

Podach berichtet weiter: „Eben weil es Nietzsches Anti-Antisemitismus an ausschlaggebenden Nuancen nicht ermangelte, mußte ihn die familiäre Nähe eines Förster so überaus empfindlich berühren. Aus der Schwagerschaft glaubten die Parteigänger Försters auf eine Gesinnungsgemeinschaft schließen zu dürfen. Nietzsche erhielt die »Antisemitische Korrespondenz« regelmäßig zugestellt, eine Wochenschrift, die den Vermerk trug: »Diskret. Wird nur an zuverlässige Parteigenossen versandt« und die Titelerläuterung: »Sprechsaal für innere Parteiangelegenheiten.« Nietzsche erfuhr, daß ihn Förster in seinen Propagandavorträgen mit »ausschweifenden Ausdrücken« erwähnte, daß die Antisemiten sich auf seinen Zarathustra beriefen und seine Bücher unter

Aus der Budgetdebatte im Parlament

„Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es keine Zeit geben darf und kann, in der wir der Opfer des Faschismus vergessen, denn sie sind die mahnenden Zeugen der furchtbaren Zeit des Faschismus, und ihnen haben wir es mit zu verdanken, daß wir wieder in einem freien, demokratischen Staat leben.“

Maisel

muß, das sind die verantwortungslosen Drahtzieher und Hintermänner dieser „Aktionen“, denen wir auf den Hochschulen und bei jenen feierlichen Vereidigungen begegnen. Ihnen muß in erster Linie unser unerbittlicher Kampf gelten!

Vergessen wir niemals, daß aus diesen bei Fackelschein romantisch träumenden Jugendgruppen dieselben jugendlichen Bataillone wurden, die mit ihren grün-weißen Jung-Vaterland-Krawatten durch die Straßen marschierten und mit „Heil Ernst Rüdiger von Star — hem — berg!“ den Faschismus propagierten, unter dessen Kugeln die Kämpfer des Februar 1934 zusammengebrochen sind.

Vergessen wir niemals, daß gerade mit diesen Außerlichkeiten der Boden für jene anderen „Außerlichkeiten“ geebnet wurde, die in letzter Konsequenz zu Konzentrations- und Vernichtungslager führten.

Vergessen wir niemals, daß es jene freiwilligen „jungen Kameradschaften“ waren, die die Verantwortung dafür tragen, daß Tausende und Abertausende wenige Jahre später zur unfreiwilligen Kameradschaft derer gehörten, die für die Machtgier einer Clique von Verbrechern zu kämpfen, zu bluten und zu verrecken hatten.

Jetzt noch sind Zeit und Möglichkeit gegeben, denen auf die Finger zu sehen, und gegebenenfalls energisch auf diese Finger zu klopfen, die heute die Verantwortung für Treffen und „Vereidigungen“ tragen, bei denen in zackigem Parademarsch an Führern vorbeidefiliiert wird und eine Feierstunde mit Fackeln und schräg nach aufwärts gehaltener Grußhand geschlossen wird.

Wir sind weit davon entfernt, in das Horn jener ferngesteuerten Zeitungen zu stoßen, die aus diesen marschierenden Welser Jugendlichen

die »antisemitische Literatur« gerechnet wissen wollten. Es war kein Hirngespinnst, die »Extreme Lauterkeit seiner Atmosphäre« bedroht zu sehen, und er erfuhr mit äußerstem Widerwillen, daß sein Name mit den Schöpfern der »abscheulichsten Literatur, die es jetzt gibt«, in einem Atem genannt wurde.“

Anläßlich des Regierungsantrittes Kaiser Wilhelms II. ruft Nietzsche, damals noch Optimist, aus: „Er (Wilhelm) ist neuerdings scharf anti-antisemitisch aufgetreten und hat den beiden, die ihn zu der rechten Zeit von der kompromittierenden Gesellschaft Stöckers (des damaligen Erzjudenfressers) befreiten, vor der Welt seine große Erkenntlichkeit dafür ausgedrückt.“

„Künder deutscher Größe“

Erinnern wir uns; wie nannte die Goebbels-Presse den Philosophen? Nietzsche, der Künder deutscher Größe, der Deutsche schlechthin usw. Stellen wir den Fälschern die Wahrheit entgegen. In Berichtigung des Irrtums, daß nicht nur die deutschen Waffen, sondern auch die deutsche Kultur Frankreich besiegt hätten, sagt er schon in den Jahren der „Geburt der Tragödie“:

„Es war eine Niederlage, eine Exstirpation des deutschen Geistes zugunsten des »deutschen Reiches«.“

An anderer Stelle (aus dem gleichen Lebensabschnitt):

eine Staatsaktion zu konstruieren versuchen, um sie außenpolitisch auswerten zu können. Dazu kennen wir die Methodik viel zu gut und dazu ist uns diese Zweckpropaganda viel zu durchsichtig.

Wir wissen aber auch nur zu genau, wo die Spielerei endet und wo die Grenze ist, deren Überschreitung gerade wir revolutionären Sozialisten unter gar keinen Umständen dulden werden.

Noch sehen wir mehr oder weniger untätig zu, wie auf der einen Seite die Alten Herren einer Welt von vorgestern das Terrain für eine feuchtfröhliche Urständ ihrer studentischen Radaukorporationen und schlagenden Verbindungen zu sondieren beginnen. Noch beobachten wir schweigend, wenn andererseits unter kräftiger Schützenhilfe der ÖVP junge „Fronten“ und unter dem Patronat des so sehr seine Ablehnung des Neofaschismus betonenden VdU „Junge Kameradschaften“ entstehen. (Wobei übrigens der Umstand, wenn nicht symptomatisch, so doch wenigstens äußerlich interessant erscheint, daß eines der monatlich erscheinenden Blätter der Nazi-Hitlerjugend den Namen „Junge Kameradschaft“ trug. Was uns immerhin doch ein wenig hellhörig werden lassen müßte!)

Seien wir jedoch so wachsam und bereit, als wir es nur zu sein vermögen! Ein zweites Mal wird und darf es diesen Kameradschaften und Fronten der „Instruktionsoffiziere“ und Frontgeistschwärmer nicht gelingen, mit einem Schlag zu vernichten, was Jahrzehnte sozialistischer Aufbauarbeit geplant und geschaffen haben!

Sie marschieren schon wieder in Wels und anderswo! Wir werden dafür sorgen, daß sie kein zweites Mal gegen Gemeindehäuser und sozialistische Arbeiter marschieren werden!

„Wieviel verdrießliche Schwere, Lahmheit, Feuchtigkeit, Schlafrock, wieviel Bier ist in der deutschen Intelligenz?“

In seiner Turiner Zeit nennt er Deutschland das „Flachland Europas“. Ja er sagt wörtlich nach seiner Abrechnung mit dem Problem der Ideen der lutherischen Reformation:

„Es sind meine Feinde, ich bekenne es, diese Deutschen!“

„Mit dem Reich macht ein intelligentes Volk immer nur eine Mesalliance“ (auf die Tripelallianz bezogen).

Über die Absichten des „Antichrist“ schreibt er an seinen Freund Overbeck:

„Gegen die Deutschen gehe ich darin in ganzer Front vor.“

An diesen verbürgten und im Originaltext jederzeit nachweisbaren Aussprüchen Nietzsches können wir den Umfang jener Geschichtsfälschung ermessen, die im Dritten Reich üblich war und die darauf abzielte, Nietzsche als dem Ungeist der Rabies nationalis verfallen darzustellen.

Es liegt uns nicht so sehr daran, Unbelehrbaren die Wahrheit zu predigen, als jenen die Augen zu öffnen, die, obwohl sie gegen das Gift des Nazismus gefeit waren, ein falsches Bild Nietzsches aufgenommen haben könnten.

Alexander Eifler

Ein Mann wie Alexander Eifler war eine ungewohnte Erscheinung in der Arbeiterbewegung. Es mußten besondere Umstände eintreten, damit er einen seinem Wesen angepaßten Wirkungskreis finden konnte. Das war nun in den zwanziger und dreißiger Jahren in der Tat der Fall. Die besitzenden Klassen einer ganzen Reihe von Ländern warfen sich in ihrer Angst vor dem Sozialismus faschistischen Abenteurern in die Arme. Sie setzten ihre Hoffnung auf autoritäre Regierungen, die mit Gewalt die Arbeiterbewegung niederhalten sollten.

In dieser Zeit brauchte die Demokratie zu ihrer Verteidigung Soldaten. Alexander Eifler war Soldat. Er war es nicht nur nach seiner Ausbildung und nach seinem Beruf. Er war es auch vom Herzen. Allerdings verband er in seinen reifen Jahren das Soldatentum mit der großen Idee, zu der er sich hingezogen fühlte. Er wollte dem Sozialismus dienen, indem er die Demokratie verteidigte. Er war ein Soldat der Unterdrückten in ihrem ewigen Kampfe um Lebensrecht und Freiheit.

Die Gefährten im Republikanischen Schutzbund haben ihn gut verstanden und er verstand sie. Aus zwei verschiedenen gesellschaftlichen Sphären kommend, haben sie sich gefunden und einander die Treue gehalten. Wer noch an Eifler hätte zweifeln können, der mußte sich vor dem Manne beugen, als er ihn im Konzentrationslager sah. In der tiefsten Erniedrigung, die einem menschlichen Wesen beschieden sein konnte, wuchs er zu moralischer Größe. Hunderten war er Helfer und Vorbild. Der rauhe Krieger wurde zum zartfühlenden Freund, dessen Opferwilligkeit und Hingabe keine Grenze kannte.

Nach der Niederlage des Faschismus und Nazismus ist in ganz Europa eine neue politische Lage entstanden.

Der autoritäre Kurs, von dem sich die besitzenden Klassen soviel versprochen haben, ist geschichtlich betrachtet eine Episode geblieben — eine zwar grauenhafte blutige, aber eben doch nur eine Episode.

Die Demokratie hat gesiegt. Auch in Österreich ist die Situation in der Zweiten Republik anders als in der Ersten Republik. Es wird heute kaum jemand geben, der glaubt, daß es nötig sei, die Demokratie mit den gleichen Mitteln zu verteidigen wie vor und im Jahre 1934. Nach-

dem man gegen die Arbeiterklasse keine Gewalt anwendet, fällt selbstverständlich auch für sie der Grund weg, sich ihrerseits der Gewalt zu bedienen. Ebenso wie die faschistischen Angriffsformationen gehören die Bataillone des Republikanischen Schutzbundes der Vergangenheit an.

Die österreichische Demokratie darf auf diese Vergangenheit als eine Zeit der Prüfung, aber auch der Bewährung zurückblicken. Sie wünscht nicht, daß sie sich wiederhole, aber sie ehrt die Männer, die sich im Kampfe für die Freiheit, wenn auch unglücklich, so doch ehrenvoll geschlagen haben. Zu ihnen zählt Alexander Eifler.



Eifler war es nicht vergönnt, die Heimat und seine Angehörigen noch einmal zu sehen. Das Konzentrationslager hat auch diesen baumstarken Mann gefällt. Er starb an der Schwelle des Sieges. Aber an dem Siege selbst hatte er nie gezweifelt. Nicht eine Sekunde lang glaubte er, daß der Ungeist des Nazismus einmal triumphieren könnte.

Sein Grab liegt in fremder Erde. Aber in der Heimat, für die er gelebt und gelitten, werden sich an jedem Jahrestag seines Todes trauernd die Fahnen senken. Eifler fiel, wie Millionen gefallen sind, als eines der unsterblichen Opfer auf dem Altare der Menschheit.

Der große Prozeß

Im Schwurgerichtssaal des Wiener Landesgerichtes in der Alser Straße standen 21 Führer des Republikanischen Schutzbundes vor den Richtern. Nach einer Untersuchungshaft von einviertel Jahren begann am 2. April 1935 der Prozeß. Die lange Untersuchungshaft hätte die Schutzbündler müde machen sollen. Sie konnte es nicht. Aufrecht und ungebrochen betraten die Angeklagten den Saal, an ihrer Spitze Alexander Eifler.

Nach der Verlesung der Anklageschrift wurden die Angeklagten mit Ausnahme Eiflers wieder aus dem Saal geführt. Eifler wurde dann als erster dem Verhör unterzogen.

Der Vorsitzende, Vizepräsident Viktor Wilhelm, forderte ihn auf, seine Tätigkeit im Schutzbund darzulegen, was Eifler in kurzen, knappen Sätzen tat. Nach einer Frage des Vorsitzenden, wieso Eifler in den Schutzbund gekommen sei, entspann sich der folgende Dialog:

Eifler: Die politische Entwicklung führte dazu, daß man mich aufforderte, den Schutzbund für einen eventuellen Kampf vorzubereiten.

Vorsitzender: Wer forderte Sie auf?

Eifler: Nationalrat Deutsch, mein Vorgesetzter.

Verteidiger Dr. Preßburger: Zum Kampf gegen wen?

Eifler: Gegen die Heimwehr und gegen die Putschisten überhaupt. Die Verfassung eines Kampfplanes ergab sich aus militärischen und politischen Gründen von selbst. Während der Verfassungskämpfe von 1929 herrschte in unseren Kreisen wirklich große Aufregung. 1931 kam es zum Pfierner-Putsch. Als erster wurde ich vom Bürgermeister in Bruck an der Mur verständigt. Innerhalb zweier Stunden standen 15.000 Schutzbündler auf ihren Sammelplätzen. Nach diesem Putsch wurde ich von der Reichskonferenz zum Stabschef des gesamten österreichischen Schutzbundes ernannt. Ich gab Ausbildungsbefehle und schriftliche Weisungen heraus. Der Heimwehrputsch war ein Beweis dafür, daß man als Putschist nicht zuerst in der Hauptstadt loschlagen muß.

1931 wollte die Sozialdemokratische Partei den Schutzbund in einer einzigen Hand vereinigen und die Militarisierung in den Ländern sollte nach Wiener Muster erfolgen. Diese Aufgabe wurde mir zugewiesen.

1932 erschien uns in den Nationalsozialisten ein neuer Gegner. Im August veranstaltete ich in Wien eine große Schutzbundübung, an der 15.000 Mann teilnahmen. In der Anklageschrift heißt es: „Als die Führung des Schutzbundes nicht mehr willens oder fähig war, ihre Mitglieder vor Ausschreitungen zu bewahren, wurde der Republikanische Schutzbund aufgelöst.“ Es ist mir nicht in Erinnerung, daß es in Wien zu bewaffneten Ausschreitungen gekommen ist, mit Ausnahme eines Kampfes im Oktober 1932 in der Drischützgasse in Simmering, wo Nationalsozialisten das Arbeiterheim angriffen.

Staatsanwalt Dr. Viktor Zöchling: Diese Angelegenheit gehört doch nicht mehr hierher.

Verteidiger Dr. Preßburger: Aber es sind doch Tatsachen, die mit der Zeitgeschichte im Zusammenhang stehen.

Vorsitzender: Der Angeklagte darf alles vorbringen, was ihm geeignet erscheint, die Situation zu klären.

Eifler: Was nun die Aufrüstung des Schutzbundes anbelangt — ja gewiß, ich habe von den Rüstungen gewußt. Aber nicht in den Details! Mit der Aufrüstung habe ich mich niemals befaßt. Als ich 1927 in Parteidienste trat, wurde mir ausdrücklich gesagt, daß ich mich um die Waffenangelegenheiten nicht zu kümmern habe. Das hatte ich so mit Deutsch vereinbart. Deutsch hat mir selbst gesagt, die Bewaffnung sei nicht meine Sorge.

Vorsitzender: Bestand für Wien ein Kampfplan?

Eifler: Ja.

Vorsitzender: Wer arbeitete ihn aus?

Eifler: Ich.

Vorsitzender: Nach welchen Grundsätzen?

Eifler: Alle diese Pläne begannen mit dem Generalstreik. Zwei Stunden nach seiner Ausrufung sollten sich die Schutzbündler sammeln.

Vorsitzender: Sie glaubten also, daß es zu kämpferischen Verwicklungen komme?

Eifler: Ja.

Vorsitzender: Dachten Sie nicht daran, daß daraus ein heilloser Unglück für das ganze Land entstehen könnte?

Angeklagter: Dieses Empfinden hatte ich nicht.

Vorsitzender: Es ist aber auffällig, daß Sie als Offizier dieses Empfinden nicht hatten. Sie mußten bei diesem Kampfplan doch mit einer wohlbewaffneten Truppe rechnen.

Eifler: Ich bekenne mich dazu, daß ich den Plan gemacht habe, um Putschisten mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten.

Vorsitzender: Haben Sie sich nicht bei der Abfassung Ihres Planes mit erfahrenen Männern besprochen?

Eifler: Ja.

Vorsitzender: General Körner hat Ihren Kampfplan scharf kritisiert, Sie wurden auf die besonderen Gefahren, die sich aus ihm ergaben, besonders aufmerksam gemacht.

Eifler: 1931 und 1932 habe ich mit Körner Meinungsdivergenzen gehabt, über die ich mich lieber nicht äußern möchte.

Staatsanwalt Dr. Zöchling: Wer war die Person, die den großen Überblick über die Waffenorganisation hatte? Sie als Generalstabschef mußten doch ein Bedürfnis haben, zu wissen, wieviel Waffen vorhanden sind!

Eifler: Diese Frage habe ich natürlich gestellt, aber ich bekam keine Antwort. Schon im Jahre 1928 sagte mir Deutsch: „Das soll unsere Sorge sein, nicht Ihre“.

Staatsanwalt Dr. Zöchling: Es ist Ihnen wohl bekannt geworden, daß die Waffenausgabe am 12. Februar prompt funktioniert hat. Tatsächlich ist die Kampfhandlung im Februar hauptsächlich von Angehörigen des Schutzbundes geleistet worden.

Eifler: Ich weiß es nicht. Ich war nicht draußen. Ich war in Haft.

Staatsanwalt Dr. Zöchling: Wie erklären Sie sich die große Disziplin der Schutzbündler? Wer sollte den Aufrührern den Weg gewiesen haben, wenn nicht Sie, Herr Angeklagter?

Eifler: Herr Staatsanwalt, glauben Sie, daß mit der Auflösung des Schutzbundes auch aus den Hirnen der Leute alles herausgerissen wurde, was ihnen von 1927 bis 1930 gesagt wurde?

Staatsanwalt Dr. Zöchling: Das glaube ich nicht, weil Sie ja den Kontakt mit den Leuten nie verloren haben. Ist es richtig, daß Alarmplätze vorgesehen waren?

Eifler: Selbstverständlich.

Staatsanwalt Dr. Zöchling: Was hätte auf den Alarmplätzen sein sollen?

Eifler: Dort wäre gewartet worden.

Staatsanwalt Dr. Zöchling: Worauf?

Eifler: Auf Befehle.

Staatsanwalt Dr. Zöchling: War in einem alten Plan vorgesehen, daß den Schutzbündlern auf den Alarmplätzen Waffen zugestreift würden?

Eifler: Zugestreift nicht. Die Alarmplätze waren ja in der Nähe der Waffenverstecke.

Staatsanwalt Dr. Zöchling: Wer hat über die Alarmplätze disponiert? Bekennen Sie sich als Autor dieser Alarmplätze?

Eifler: Nein. Es hat etwa ein halbes tausend Alarmplätze gegeben. Wie hätte ich um ihren Stand wissen sollen?

Staatsanwalt Dr. Zöchling: Waren Ihnen die größeren Einheitssammelplätze bekannt?

Eifler: Ich mußte das den Bezirksführern überlassen.

Staatsanwalt Dr. Zöchling: Wären Sie auch gegen Exekutivorgane vorgegangen?

Eifler: Ich ging von der Annahme aus, daß der Großteil der Exekutive sich auf den Standpunkt des Eides gestellt hätte. Gegen den anderen Teil wären wir allerdings vorgegangen.

Aus diesem Auszug des Verhöres Eiflers vor dem Gericht ist das Wesen dieses Mannes mit kristallener Klarheit zu erkennen. Nicht einen Augenblick zögerte er, sich zum Republikanischen Schutzbund und seinen Zielen zu bekennen. Eifler wußte, daß ein schweres Urteil

seiner harrte, aber das hinderte ihn nicht, mutig die Verantwortung auf sich zu nehmen, die er seiner Stellung als Stabschef schuldig zu sein glaubte. Er wich keiner Frage des Vorsitzenden oder des Staatsanwaltes aus. Mit ruhiger, klarer Stimme legte er dar, daß er so und nicht anders hatte handeln müssen.

Es war unverkennbar, daß Eiflers Verhalten auf das Gericht einen tiefen Eindruck machte. So wie er sprach kein zerknirschter Sünder, kein gebrochener Schwächling, sondern ein Mann, der sich furchtlos zu seiner Tat bekennt. Eifler fühlte sich im Recht — und er war im Recht.

Das Gericht der Dollfuß-Regierung hatte den Auftrag, die angeklagten Schutzbündler auf jeden Fall zu verurteilen, und es führte diesen Auftrag gehorsam aus. Das Urteil für Alexander Eifler lautete auf 18 Jahre schweren Kerkers.

Ohne mit der Wimper zu zucken, nahmen Eifler und die anderen Verurteilten den Spruch des Gerichtes entgegen. So aufrecht, wie sie den Gerichtssaal betreten hatten, so aufrecht verließen sie ihn.

Wien ehrt Eifler zu seinem 62. Geburtstag

Dienstag, den 30. Mai 1950, veranstalteten Freunde Eiflers und ehemalige Schutzbündler eine Gedenkstunde für den im KZ umgekommenen Genossen Alexander Eifler, den früheren Stabschef des Republikanischen Schutzbundes. Die Gedenkrede hielt Genosse Julius Deutsch, der in zu Herzen gehenden Worten des kämpferischen Lebens des Toten gedachte.

Genosse Deutsch sagte:

„Unser Erinnern gilt einem seltenen Mann. Er kam aus dem anderen Lager, denn sein Vater war altösterreichischer Offizier, der auf Tradition im monarchistischen Sinn hielt. Der junge Eifler hatte sowohl im Elternhaus als auch in den Offiziersschulen, in denen er erzogen wurde, wenig oder nichts von den Ideen gehört, die sein späteres Leben bestimmten. Er blieb bis zum ersten Weltkrieg im Bannkreis seiner Kaste. Aber während des Weltkrieges lernte er in seinen Soldaten den Menschen schätzen, kam ihnen kameradschaftlich näher. Und nun vollzog sich allmählich eine Ausweitung seines Gesichtskreises. Als der Zusammenbruch der Monarchie erfolgte, stellte sich der junge Hauptmann entschlossen an die Seite derjenigen, die ihm während des Krieges als Kameraden nahegekommen waren. Er wollte mit den Arbeitern und Bauern in einer Reihe stehen, um mitzuhelfen, den neuen Staat, den Volksstaat, aufzubauen.

Zuerst in der Wehrmacht des Staates und später — als ihn die Reaktion aus ihr verdrängt hatte — im Rahmen des Republikanischen Schutzbundes wirkte Eifler tatkräftig und pflichterfüllt. Er war seinem inneren Wesen nach in erster Linie Soldat. Theoretische Überlegungen waren für ihn nur von sekundärem Interesse: er liebte die Tat.

Er widmete sich und sein Leben der unmittelbaren Aktion. Deshalb war er ein guter Soldat der Wehrmacht gewesen und wuchs später zum glänzenden Organisator des Republikanischen Schutzbundes. Wir Schutzbündler haben ihm viel zu verdanken. Er war ein militärischer Führer, ein tapferer Mann, ein nimmermüder Arbeiter — und vor allem ein treuer, hingebungsvoller Kamerad.

Die letzten Lebensjahre Eiflers waren verüstert durch Kerkerhaft und Konzentrationslager. Aber gerade in dieser Zeit bewährte er sich in besonders hohem Maße, denn er verlor auch in der Haft weder den Glauben an sich noch den an die große Sache, der er sein Leben geweiht hatte. Er blieb sich und dem Sozialismus treu, er kannte kein Schwanken, kein Zögern. Würde er am Leben sein, dann stünde er heute unter uns.

Wir feiern sein Andenken am besten, wenn wir den Geist des Schutzbundes hochhalten; das ist der Geist des Kampfes für das Recht des Volkes und seine Freiheit, das ist der Geist des entschlossenen Widerstandes gegen jede Art von Diktatur.

Es wäre töricht, wenn wir glauben wollten, schon am Ziele unserer Wünsche zu sein. Wir sind weit davon entfernt, und der Weg, den die Arbeiterklasse Österreichs gehen muß, ist wahrlich nicht ohne Gefahren. Wer Augen hat, zu sehen, der weiß, daß auch heute die größte Achtsamkeit nötig ist. Der Feind, der uns seinerzeit offen bekämpfte, tut es heute in versteckter Form, aber nicht weniger hartnäckig. Darum wollen wir bleiben, was wir waren: die leidenschaftlichen Verteidiger der Demokratie und die Wegbereiter einer neuen Gesellschaftsordnung.

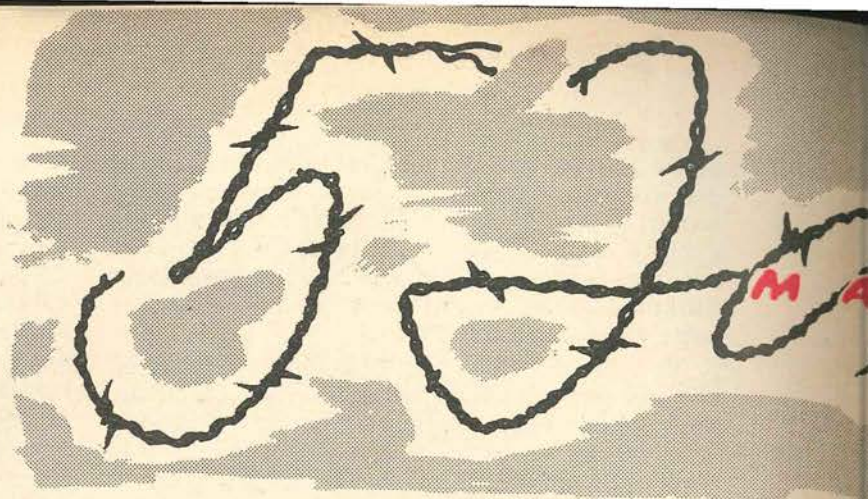
Wir legen an der Gedenktafel Eiflers einen Kranz als Zeichen unserer inneren Verbundenheit nieder. Wir senken für einen Augenblick unsere alten Fahnen, unter denen wir ehrenvoll gekämpft haben. Aber dann heben wir sie empor und lassen sie stolz im Winde flattern, als ein Zeichen, daß auch heute in uns der Geist lebendig ist, der uns in den schweren Zeiten der Vergangenheit beseelte. Unser Blick wendet sich der Zukunft zu, von der wir wissen, daß sie dem Arbeitsvolke gehört — trotz alledem und alledem!“

Die Kundgebung, an der sich auch unser Bund beteiligte, fand in dem Wohnhausblock Wien XVII, Hernalser Hauptstraße 221 statt, der zu Ehren Eiflers den Namen „Eifler-Hof“ trägt. Viele ehemalige Schutzbündler und auch eine Anzahl Mandatäre der SPÖ, ebenso die Witwe und die Söhne Eiflers hatten sich eingefunden.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer des „Sozialistischen „Kämpfers“ haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Julius Deutsch, Ludwig Eldersch, Friedrich Flußmann, Gerd Herzig, Ferdinand Himsl, Fritz Karpfen, Rudolf Marchfeld, Karl Mark, Erich Rubak, Karl Hans Sailer, Martha Stollewerk, Rudolf Trimmel.



Zum fünften Male jährte sich in diesem Jahre der Tag, an dem die Tore von Mauthausen sich öffneten, zum fünften Male aber auch der Tag, an dem Bestien in Menschengestalt in Stein ein Massaker unter wehrlosen Häftlingen anrichteten, die schon der lang entbehrteten Freiheit sich nahe wähnten.

Um dieser Opfer des Faschismus zu gedenken, veranstaltete der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus am 5. Mai 1950 eine Gedenkstunde in Stein an der Donau und eine Gedenkkundgebung in Mauthausen. Der Bundesvorstand, Vertreter der Landesorganisationen Wien, Niederösterreich und Oberösterreich, der Wiener Bezirksgruppen und viele Genossinnen und Genossen nahmen an beiden Kundgebungen teil. Die Wiener Genossen wurden in Krems von Genossen Rudolf Appel empfangen, der sich um den Ablauf der Kundgebung in Stein sehr bemühte und zum Gelingen der Gedenkstunde entscheidend beitrug.

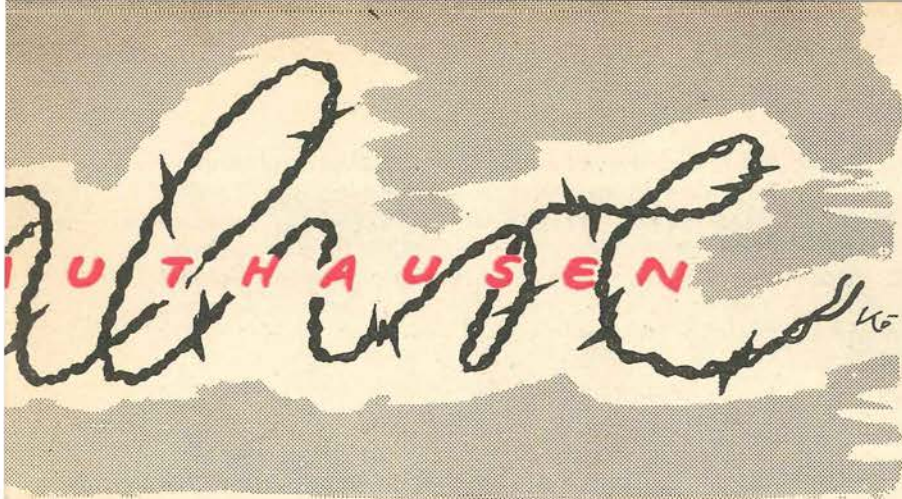
Zuerst fand im Ortsfriedhof in Stein vor dem schlichten Holzkreuz des gemeinsamen Grabes der Opfer eine Gedenkkundgebung statt, bei der Genosse Karl Holaubek — einst selber politischer Häftling in Stein — eine ergreifende Ansprache hielt. Er sagte:

Es entspricht dem Wesen unserer Weltanschauung, daß wir Sozialisten unseren Blick nicht in die Vergangenheit, sondern immer gestaltend in die Zukunft richten. Wenn wir hier an der Gedenkstätte proletarischer Helden eine Weile in unserem täglichen politischen Kampf innehalten und zurückschauen, dann nicht, weil wir einer Tradition gehorchen und eine bloße Pflicht erfüllen wollen, sondern weil wir derer, die hier im Kampf gegen die Barbarei ihr Leben lassen mußten, aus ganzem Herzen ehrenvoll gedenken wollen.

Es hat auf dem europäischen Kontinent in den letzten 15 Jahren eine Unzahl von menschlichen und politischen Tragödien gegeben. Zu den tragischsten wird aber jenes Ereignis in der Geschichte des proletarischen Kampfes zählen, das sich hier an einem Frühlingstag des Jahres 1945, am 6. April, abgespielt hat. Menschen, die nach qualvoller Untersuchungshaft bei der Gestapo monate- und jahrelang in den Mauern dieser Strafanstalt saßen, sahen plötzlich das Tor zur Freiheit weit offen. Manche hatten es bereits passiert und eilten ihren Lieben zu. Da fielen noch einmal die Bestien des Dritten Reiches über sie her und mordeten innerhalb der Mauern der Anstalt und draußen in diesem Ort alles, was ihnen in den Weg kam. Wenn wir hier an dieser Stätte uns das vor Augen

Bild 1: Auf dem Friedhof von Stein versammeln sich der Bundesvorstand und die Delegierten. — Bild 2: Der Bundesvorstand und die Delegierten beim Gedenkmarsch. — Bild 3: Genosse Holaubek spricht Worte des Gedenkens. — Bild 4 und 5: Während der Gedenkkundgebung in Mauthausen. — Bild 6: Der Bundesvorstand und die Delegierten beim Gedenkmarsch. — Bild 7: In Stein. — Bild 8: Der Bundesvorstand und die Delegierten beim Gedenkmarsch. — Bild 9: Mitglieder des Bundesvorstandes und Delegierte beim Gedenkmarsch. — Bild 10: Der Bundesvorstand und die Delegierten beim Gedenkmarsch. — Bild 11: Der Bundesvorstand und die Delegierten beim Gedenkmarsch. — Bild 12: Der Bundesvorstand und die Delegierten beim Gedenkmarsch. — Bild 13: Kränze aus Stein.





halten, dann denken wir nur einen Augenblick darüber nach, wie gering uns demgegenüber die Schwierigkeiten und Widerstände des Alltags erscheinen müssen, die wir im täglichen politischen Kampf erleben. Vergegenwärtigen wir uns die letzten Lebensminuten derer, die hier liegen.

Ich möchte als ehemaliger Häftling dieser Anstalt noch eines Mannes gedenken, dessen Antlitz mir im Gedächtnis bleibt, sooft ich mich an diese Jahre zurückerinnere. Ich gedenke des Direktors der Anstalt, Regierungsrat Koudré, in dessen Gesicht ich immer so etwas wie Mitgefühl gelesen habe, wenn er meine Zelle betrat. Von ihm war ich überzeugt, daß er innerlich einen Trennungsstrich gezogen hatte zwischen den politischen Häftlingen und denen, die auf andere Art mit dem Strafgesetz in Konflikt geraten waren. Aber auch einen Trennungsstrich zwischen denen, die hier Menschen ob ihrer politischen Überzeugung einsperrten. Er war kein Kerkermeister des Dritten Reiches, er war unter Bestien ein Mensch geblieben und mit ihm viele der hier Dienst tuenden Beamten. Koudré wurde ob einer menschlichen Tat, die er knapp vor dem Zusammenbruch setzte, ebenfalls hier gemordet. Er wollte den politischen Häftlingen den Weg ins Freie ermöglichen.

Die Mitglieder des Bundes der sozialistischen Freiheitskämpfer grüßen die Toten von Stein mit dem aus tiefstem Herzen kommenden Versprechen, alles daranzusetzen, kein Opfer zu scheuen im schonungslosen Kampf gegen jene, die offen oder getarnt es je wieder wagen wollen, das kostbarste Gut des Menschen, die politische Freiheit, zu untergraben. Der Opfertod derer, die hier liegen, wird uns eine ständige Mahnung sein.

Nach der Kranzniederlegung und einer Minute stillen Gedenkens begaben sich die Genossen in die Strafanstalt Stein, an die Stätte des grausigen Geschehens.

Wie viele erinnerten sich da „ihrer“ Zelle und zogen Vergleiche mit dem Strafvollzug von damals und den „Politischen“ von heute, die in der Tat genug Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf sich geladen haben — im Gegensatz zu jenen! Ein Rundgang durch die Anstalt und ihre Einrichtungen unter der Führung des Genossen Appel — aber auch vieler „ortskundiger“ Genossen — schloß den Aufenthalt in Stein ab. Dann wurde die Fahrt nach Mauthausen durch die Wachau fortgesetzt und die farbenfrohe Frühlingslandschaft des Donautales ließ allen Teilnehmern die beiden Stätten des Todes und des Grauens am Ende und am Anfang der Fahrt in

aus Wien. — Bild 2: Das einfache Holzkreuz auf dem Massengrab der Blutopfer von Stein. — Bild 3: Gedenkreden auf dem Friedhof. — Bild 6: Im Gefängnishof von Stein. Mancher Genosse zeigt seine Fahne. — Bild 8: In Mauthausen. Die Fahnen an der Spitze, marschieren die Wiener und die Vertreter der Bundesländer. — Bild 10 und 11: Genosse Bernaschek hält die Gedenkreden. — Bild 12: Wien und den Bundesländern.



ihrer ganzen Niedertracht menschlicher Entartung zu Bewußtsein kommen.

In Mauthausen erwarteten die oberösterreichischen Genossen mit dem Landeshauptmannstellvertreter Ludwig Bernaschek und dem Bürgermeister von Mauthausen Leopold Hochgatterer die Delegationen. Auf dem Appellplatz des Lagers sprach Genosse Ludwig Bernaschek Worte des Gedenkens an die Opfer, die hier vom Faschismus zu Tausenden hingemordet wurden. Er sagte:

Vor fünf Jahren öffneten sich die schweren Tore dieser Mauern, um die Menschen, die hier gefangen waren, wieder in die Freiheit und ins Leben zurückkehren zu lassen. Viele Tausende waren hier zu Tode gemartert, zu Tode gehungert worden und Berge von Leichen, die durch die Verbrennungsöfen nicht mehr hatten beseitigt werden können, lagen noch hier. Für sie kam die Befreiung zu spät, sie vermochten den Weg zurück ins Leben nicht mehr zu gehen.

Die Tore einer Hölle hatten sich aufgetan; einer Hölle, die Menschen durch Menschen bereitet wurde, wie sie sich der menschlich fühlende Mensch in ihrer Unmenschlichkeit nicht vorzustellen vermochte. Durch verlogenste Propaganda aufgehetzte und fanatisierte Menschen wurden zu Bestien, die sich der Bestialität ihrer Handlungen vielfach selbst nicht mehr bewußt waren. Nur die gewaltigen Steinmauern lassen heute noch das Grauen ahnen, das hinter ihnen wohnte. Sie sind so fest und so wuchtig gebaut, daß sie als ein Denkmal der Schande des „Tausendjährigen Reiches“ wohl tausend Jahren trotzen werden.

So wie die Häftlinge ohne Unterschied der parteipolitischen Einstellung gelitten hatten, traten sie in der gemeinsamen Hoffnung in die Freiheit, daß die Menschen aus den furchtbaren Erlebnissen in den KZs und aus dem Kriege gelernt und nur noch den Wunsch nach Frieden und Menschlichkeit hätten. Der Glaube an die Wiederkehr der Menschenrechte, der Versöhnung der Menschen und der Völker erfüllte sie. Heute aber, nach nur fünf Jahren, müssen wir die Gedenkfeier für die Opfer der Nazibestialität getrennt von einem Teil der seinerzeitigen Leidensgenossen abhalten, wollen wir die Gedächtnisstätte nicht schänden. Und wieder gibt es fanatisierte Menschen, die bereit sind, sich in ihrem Machtstreben derselben Mittel und Methoden zu bedienen, die sie früher bekämpft und verflucht, unter denen sie selbst so schwer gelitten haben. Fünf Jahre, nachdem sich die Tore der Gefängnisse und KZs für die Opfer des Faschismus aufgetan haben, finden wir wieder Menschen wegen ihrer Gesinnung in KZs. Fünf Jahre nach Kriegsende sind noch immer tausende Kriegsgefangene nicht in der Heimat und fern von ihren Familien. Die Hoffnung der Häftlinge von Mauthausen und der anderen KZs am Tage ihrer Befreiung hat sich nur teilweise erfüllt, ihr Glaube ist schwer erschüttert.

Wir gedenken unserer Toten, nicht um den Haß zu nähren, nicht um nach Vergeltung zu

schreien. Wir wissen, daß mit Haß und Rachegefühlen keine bessere Welt aufgebaut werden wird. Wir wollen aber aus unserem eigenen Erleben erkennen, daß einem ersten Schritt zur Diktatur unabwendbar als zweiter Schritt Terror und Bestialität folgen; jede Diktatur, gleichgültig welche, hat uns dies gezeigt. Wir wollen aber auch niemals vergessen, welche hohe Güter Freiheit und Menschenwürde sind. Sie sind des höchsten Einsatzes wert.

Man muß jedoch um sie kämpfen, ehe Gefängnisse und KZs zu ihrer Vernichtung eingerichtet werden! Dessen müssen wir uns stets bewußt sein, dies wollen und müssen wir immer wieder allen anderen zum Bewußtsein bringen.

Nach feierlicher Niederlegung der Kränze am Gedenkstein folgte ein Rundgang durch das Lager. Die Führung übernahmen Genossen von der Wiener Feuerwehr, die viele Monate lang im KZ Mauthausen interniert waren. — Und wieder stand das Grauen leibhaftig unter uns und all das unvorstellbare Leid gequälter und sinnlos gemarterter Kreatur erfüllte jeden einzelnen. Freiheit und Menschenwürde, sie sind die Garanten des Friedens, des Aufstieges und des Fortschrittes. Sie werden uns aber nicht geschenkt — wir müssen dauernd zäh und beharrlich um sie kämpfen, solange wir uns ihrer erfreuen. Nur kämpfend können wir uns des Besitzes jener hohen Güter, die wahrhaftig jeden Einsatzes wert sind, erfreuen. Daran sollen uns die vom Faschismus dieser und jener Färbung hingemordeten Brüder und Schwester mahnen. Ihnen wollen wir geloben:

Niemals vergessen!

Die Nazibewegung in Deutschland

Nürnberg (United Press). Von hohen Beamten der alliierten Hochkommission ist dieser Tage bestätigt worden, daß es in Deutschland eine von früheren Nazi organisierte Untergrundbewegung gibt. Hingegen wird bestritten, daß dieser Organisation, die schon seit vier Jahren besteht und von amerikanischen Agenten ständig überwacht wird, große Bedeutung zukommen könnte.

Es sollen ihr Mittel aus Südamerika, vor allem aus Argentinien, zukommen. Frühere Nazi, die nach Argentinien flohen, haben in Buenos Aires eine „Hilfsgesellschaft für bedürftige deutsche Kameraden“ ins Leben gerufen. Die Mitgliedschaft, zur Hauptsache frühere Hitlerjugendführer, Wehrmacht- und SS-Offiziere, wird auf „nicht mehr als 2000“ geschätzt. Nach Mitteilung eines Gewährsmannes, der mit der Bewegung vertraut ist, soll ihr auch eine Gruppe von früheren SS-Leuten angehören, die für einen nicht genannten Spionagedienst arbeiten. Dieser Umstand scheint den Untersuchungsbeamten, die die Kontakte der Gruppe festzustellen versuchen, erhebliche Schwierigkeiten zu bereiten.

Eine Bitte an unsere Mitarbeiter!

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, die für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, solche Manuskripte immer nur einseitig und bei Maschinenschrift zweizeilig zu beschreiben.

Stützpunkt Chemisches Institut fällt aus

Der Tod des jungen sozialistischen Wissenschaftlers Dr. Kurt Horeischy war einer der tragischen Höhepunkte in der Kette von unglückseligen Zufällen, die in ihrer Gesamtheit den Zusammenbruch eines Planes verursachten, der sich die Befreiung Wiens vom Nationalsozialismus durch einen bewaffneten Aufstand zum Ziele gesteckt hatte.

Genosse Horeischy arbeitete im Mikrochemischen Laboratorium des Chemischen Instituts der Wiener Universität in der Währinger Straße. Als überzeugter Sozialist hatte er um seine Person eine Gruppe von gleichgesinnten Kollegen geschart, deren gemeinsames Ziel der Kampf gegen den Nationalsozialismus war. Durch eine Mittelsperson gelang es Horeischy, mit Genossen Dr. Erich Rubak bekannt zu werden und damit Anschluß an eine Organisation zu erlangen, deren mehrjährige unterirdische Tätigkeit und deren aktiver Kampfeinsatz in den Apriltagen 1945 sich den Taten der Untergrundbewegungen anderer Länder trotz wesentlich schwererer Bedingungen gleichwertig zur Seite stellen kann.

Die Zusammenarbeit der beiden Männer begann in kürzester Zeit die schönsten Erfolge zu zeitigen. Die chemischen Hilfsmittel, die in den Laboratorien zur Verfügung standen, wurden für die Zwecke des unterirdischen Kampfes eingesetzt. Genosse Horeischy entwickelte persönlich durch chemische Selbstzündung wirksame Brandpäckchen, welche als vorzügliches Kampfmittel zu Sabotageakten von den Sabotagegruppen der „Organisation Adlon“ verwendet wurden. Aus den Mitteln des Chemischen Instituts stammten auch die mit Säure gefüllten Glaskolben und jene kleine Glasphiole, die mit doppelt letaler Dosis Zyankali gefüllt war und welche die Angehörigen des Führungsstabes der „Organisation Adlon“ dauernd um den Hals bei sich trugen.

Die Hauptaufgabe jedoch war dem Chemischen Institut für die Tage des Entscheidungskampfes zugedacht gewesen. Das Gebäude, welches in den letzten Wochen der Naziherrschaft nur noch von wenigen Menschen betreten wurde, war dazu bestimmt worden, als Bereitstellung für die Kampfgruppen der „Organisation Adlon“ zu dienen. Ein ausgearbeiteter Organisationsplan lag zu diesem Zwecke bereits vor. Die Räume des ganzen Komplexes waren auf die einzelnen Gruppen aufgeteilt, und die Gruppenführer wurden bereits am 2. April mit der Lage und der Anordnung der ihnen zugewiesenen Räume vertraut gemacht. Auf dem Dache des Gebäudes wurde von dem jetzigen Vorsitzenden der Akademischen Freiheitskämpfer Herbert Baumann eine Funkstation errichtet, die die Verbindung mit dem im 19. Bezirk befindlichen Meldekopf herstellte. Auch ein Leuchtpistolen-

und Leuchtpatronendepot wurde auf dem Dache eingerichtet. Das Gebäude, das für sich allein einen ganzen Häuserblock einnimmt, war sowohl durch seine Position und Anlage als auch durch seine Unabhängigkeit von der Stromversorgung zu den vorgesehenen Zwecken bestens geeignet.

Am 4. April wurde die Koordinierung des Aufstandsplanes mit den heranrückenden russischen Truppen durchgeführt und für den 5. April das Zeichen der beiderseitigen Bereitschaft für die gemeinsamen Aktionen festgesetzt.

Die Aktion beginnt

Die Führer der einzelnen bewaffneten Kampfgruppen erwarteten mit ihren Leuten den Einsatzbefehl, die Verbindungsmänner zu diesen Gruppen saßen in einer als Meldekopf dienenden leerstehenden Villa in der Lannerstraße, als über dem Wiener Stadtgebiet einzeln fliegende russische Flugzeuge erschienen,

Meine Flucht als politischer Gefangener aus
dem Blutbad des Zuchthauses von Ste n
am 6. April 1945 um 1 Uhr mittags

Freiheit . . .

Wie schmerzlich fand ich sie verwirklicht
An dem Tag,
Wo Mord der Anfang und qualvolles Sterben
Vieler das Ende.
Um fein armelig Leben
Wehrlos kämpfen schien Wahnsinn mir —
Ich mocht nicht denken . . .
Umfaßt von meterhohen dicken Mauern,
Darüber sich der fahle Himmel spannt
So tränen schwer . . .

Auf einmal gellt ein Schrein,
Als ob's nur einer wär — so quälend angstvoll
Wie vor Graun . . .

Mich trug's wie schüchtes Tier nur allzu schnell
Nach irgendwo . . .
Schon hör ich jagend' Schritte Troß
Schrei'n, schießen, wimmern . . .
Da kroch ich hinter einen Baum, wie weidwund Tier
Verkrallt am Boden dieser Erde,
Daß mir nun endlich Leben werde . . .

Der Tag war mir geschenkt,
Der vielen bracht' ihr grausam Ende.
Verwegen nun der Weg — ob er der Freiheit galt? —
Es trug in nichts Bedenken.
Ich atme!
Wie köstlich!
Mir . . . dies . . . schenken . . .

die vereinbarungsgemäß wackelten und rote Leuchtkugeln abließen. Als Antwort auf dieses vereinbarte Zeichen wurde von den zu diesem Zwecke auf exponierten Plätzen des Wiener Stadtgebietes aufgestellten Posten mit grünen Leuchtkugeln zurückgeschossen.

Damit war das Zeichen zum Ablauf des Planes gegeben. Die Verbindungsmänner gingen zu ihren Gruppen ab, die bewaffnet und mit Volkssturmbänden versehen sich in Richtung Chemisches Institut in Bewegung setzten. Neben diesen zivilen Gruppen erreichte dieser Befehl auch eine aus Angehörigen des Standortbataillons Wien sich zusammensetzende Organisation, eine Einheit von in Wien kasernierter OT und einige Ärzte.

Inzwischen aber waren im Chemischen Institut jene Schüsse gefallen, die das Leben unseres Genossen Horeischy auslöschten. Bei dem Versuch, den Nazi-Professor Lange an der Zerstörung des Elektronenmikroskops zu hindern, wurde Horeischy von diesem erschossen.

Die Folgen dieses unvorhergesehenen Zwischenfalls waren gerade zu diesem Zeitpunkt katastrophal. Während die von Lange herbeigerufenen Beamten der Polizei ihre Erhebungen unter Anwesenheit von Waffen-SS aus der nahegelegenen SS-Kaserne durchführten und alle Eingangstore besetzten, waren aus allen Richtungen die einzelnen Gruppen bereits wie befohlen zum Chemischen Institut unterwegs. In aller Eile mußten an den Zufahrtsstraßen Auffangposten aufgestellt werden, die die Aufgabe hatten, die ankommenden Gruppen zu warnen und umzudirigieren. Da den Auffangposten die einzelnen Gruppenführer nicht persönlich bekannt waren — eine notwendige organisatorische Eigenheit des illegalen Kampfes —, kam es dabei zu gefährlichen Zwischenfällen.

Mit dem Verlust des Chemischen Instituts fehlte ein wichtiges Glied im reibungslosen Ablauf der geplanten Aktion. Herbert Baumann konnte dank seiner Ortskenntnis die von ihm besetzte Dachstation noch knapp räumen, nachdem die dort abgeschossenen Leuchtkugeln der bereits anwesenden Polizei aufgefallen waren. Der durch den Ausfall des Chemischen Instituts veränderten Situation mußte in letzter Stunde durch einen vorliegenden zweiten Einsatzplan Rechnung getragen werden.

Durch den Verrat eines nationalsozialistischen Fanatikers wurde die Organisation im Wehrkreiskommando Wien zerschlagen und die einheitliche Aktionsfähigkeit gelähmt. Das Ausbleiben von Richtlinien und Aufträgen durch das Ausfallen dieser Zentrale zwang zum selbständigen Handeln, und es blieb der Initiative der einzelnen Organisationen überlassen, ihre Kampfkraft gemeinsam mit den vorstoßenden russischen Truppen für die Befreiung Wiens einzusetzen.

Unser Genosse Horeischy jedoch gab als Blutzeuge für die Idee des bedingungslosen Einsatzes gegen die Unterdrückung sein Leben. Wir werden ihn nie vergessen!

Niemals vergessen

Karl Dluhosch und Karl Bazelt

Unsere Bezirksgruppe Neubau enthüllte am 13. Mai für ihren Genossen Karl Dluhosch einen Gedenkstein an seiner Grabstätte. Karl Dluhosch wurde am 17. Mai 1943 durch die Nazijustiz hingerichtet, er war erst 34 Jahre alt. Zur Feier fanden sich neben den Angehörigen alle Bezirksmandatäre und viele seiner Freunde und Mitkämpfer ein. Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer war durch Genossen Flußmann vertreten. In der Gedenkrede schilderte der Obmann der Bezirksgruppe, Genosse Jeindl, den Werdegang des Genossen Dluhosch.

Dluhosch war nicht nur ein idealer, begeisterter Kämpfer für die sozialistische Idee, er war darüber hinaus ein guter Freund und ein hilfsbereiter Mensch, welcher sich kein Privatleben gönnte. In seiner Jugend zeichnete er sich durch besonderen Lerneifer aus und entwickelte sich aus eigener Kraft vom einfachen Arbeiter zum Beamten. Neben seiner Tätigkeit in der Jugendbewegung und in der Sozialdemokratischen Partei war er einer der rührigsten Mitarbeiter im Republikanischen Schutzbund. Nach den Ereignissen des 12. Februar 1934 war er bis zu seiner Verhaftung und seinem gewaltsamen Tod in illegalen Organisationen der Revolutionären Sozialisten tätig. Wir haben mit Karl Dluhosch einen glühenden Antifaschisten, einen stets hilfsbereiten Sozialisten, einen Freund und Förderer unserer Idee verloren, den wir niemals vergessen werden, so wie wir die Zeit von 1934 bis 1945 niemals vergessen dürfen.

Im Anschluß an die Feierlichkeit für Genossen Dluhosch fand eine Kranzniederlegung an der Grabstelle des Freiheitskämpfers Karl Bazelt statt, bei welcher Bezirksvorsteherstellvertreter Genosse Schiegl die Gedenkrede hielt. Auch er würdigte die Tätigkeit des Genossen Bazelt, der am 24. Juli 1943, erst 38jährig, hingerichtet wurde. Ihnen wie allen Opfern des Faschismus gebührt der Dank der Überlebenden, sie alle sollen uns ein dauerndes Mahnmal bleiben, nie wieder den Boden der Demokratie zu verlassen, sondern jederzeit bereit zu sein, die Demokratie als unser höchstes Gut gegen alle Angriffe zu verteidigen.

Josef Löffelmann

Die Bezirksgruppe Döbling des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus beklagt den Verlust ihres Mitarbeiters, des Genossen Josef Löffelmann, der am 27. März 1950 einem tragischen Unfall zum Opfer gefallen ist. Genosse Löffelmann war Schutzbündler und hat in den Februartagen aktiv am Kampf um den Karl-Marx-Hof teilgenommen. Die Ortsgruppe Döbling verliert in ihm einen guten Genossen und treuen Mitarbeiter und wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Ehrung für Dr. Horeischy

So wie in den Jahren vorher, veranstaltete die Gemeinschaft Akademischer Freiheitskämpfer auch heuer am 5. Jahrestage der Tragödie eine Gedenkkundgebung für die beiden Wissenschaftler Dr. Kurt Horeischy und Dr. Hans Vollmar, die am 5. April 1945 von dem Naziprofessor Lange ermordet wurden, als sie versuchten, die Zerstörung des wertvollen und fast unersetzlichen Elektronenmikroskops des Instituts durch Lange zu verhindern.

Die Kundgebung fand am 31. März 1950 im großen Hörsaal des I. Chemischen Laboratoriums der Universität Wien statt. Vertreter der Akademischen Behörden, des Bürgermeisters und Delegationen zahlreicher Verbände nahmen an der Kundgebung teil und der große Hörsaal war bis auf das letzte Plätzchen gefüllt, als die Gedenkstunde eröffnet wurde. Daß ausgerechnet das Unterrichtsministerium keinen Vertreter entsandt hatte, wurde auffällig bemerkt.

Der Vorstand des Instituts würdigte in einer tiefempfundenen Ansprache die Persönlichkeit der beiden Toten. „Dieses Haus“, sagte er, „dient der friedlichen, wenn auch nicht ganz ungefährlichen Forschungsarbeit. Und wenn gleich nicht Menschen und unheilvolle Mächte von neuem angeklagt werden sollen, so wollen wir doch zumindest den Geist der engen Zusammengehörigkeit mit den beiden jungen Menschen wachrufen und wachhalten, der uns be-seelt. Horeischy war eigentlich Physiker und sein Arbeitsgebiet waren die Analysen aller-kleinsten Mengen. Er war“, so sagte sein Professor und Lehrer, „ein unermüdlich klügelnder Forschergeist und er hat bei seiner Arbeit Methoden ausgearbeitet, die an diesem Institut auch heute noch angewendet werden.“ — Mit der Mahnung und dem Versprechen, diesen traurigen Jahrestag von neuem zum Anlaß zu nehmen, um alle Kraft für eine bessere Welt des Friedens und der Verständigung einzusetzen, schloß der Vorstand des Instituts seine Ansprache.

Dann ergriff namens der Gemeinschaft Akademischer Freiheitskämpfer Neunteufel das Wort zu seiner Gedenkrede:

Wir akademischen Freiheitskämpfer und mit uns die gesamte junge Generation Österreichs gedenken heute zum fünften Male des Heldentodes zweier Männer, die ihr Leben opferten, um Österreich aus seiner schwersten Bedrückung zu befreien. Wir ehren das Andenken dieser Toten, weil sie uns sterbend die Fackel der Freiheit anvertrauten und weil sie durch ihre Tat den Weg wiesen, den Österreich und die

Menschheit zu gehen hat. Wir geloben hier an dieser Stelle, daß wir diese Fackel hochhalten werden und daß wir niemals von dem Wege abweichen werden, der zu Freiheit, Demokratie und Frieden führt. Wir rufen Euch, ihr toten Freiheitskämpfer, zu: Ihr müßt fallen in Ausübung Eurer menschlichen Pflicht, im Widerstande gegen die Barbarei der Hitler-Diktatur, Österreich aber ist neuerstanden durch den Gedanken, den Ihr durch Eure Tat und Euren Tod neu besiegelt habt, den Gedanken des österreichischen Freiheitskampfes.

Ihr habt das Licht in der Dunkelheit entzündet, wir werden es schützen und verbreiten.

Ihr seid tapferen Mutes in den Tod gegangen, wir werden die Arbeit und den Kampf um ein neues Österreich fortsetzen und vollenden.

Versetzen wir uns zurück in jene dunklen Tage, da Wien sich unter dem militärischen Joch des Nationalsozialismus beugen mußte. Österreichs Untergrundbewegungen hatten bereits aktiv den Freiheitskampf um Österreich begonnen. Dr. Horeischy arbeitete mit Dr. Vollmar und Dr. Rubak im mikrochemischen Laboratorium des hiesigen Instituts und sie versorgten aktive Widerstandsgruppen, wie die Organisation Adlon, mit Brandpäckchen, mit Säureglaskolben sowie auch mit Zyankaliglasphiolen. Das Chemische Institut war sogar als Bereitstellung für die Kampfgruppen der Organisation Adlon aus-ersehen, da sich in diesen Tagen nur mehr wenige Menschen in dieses Gebäude wagten. Die beiden Männer entschlossen sich, den Nationalsozialisten Lange daran zu hindern, Hitlers Wahnsinnsbefehl auszuführen, seinem eigenen Untergang den des gesamten Kontinents folgen zu lassen. Nirgendwo zeigte sich dunkler und verachtungswürdiger der barbarische Haß des Untermenschentums gegen den forschenden Geist als hier. Die Wissenschaft, die den menschlichen Geist mit ungeahnten Erkenntnissen bereichern sollte, wurde geknebelt zur Mordgehilfin von Verbrechernaturen gemacht, die, bevor sie die gerechte Sühne erteilte, noch teuflischen Schaden stifteten wollten.

Jene Doktoren, die Menschenhäute, Menschenknochen schänden konnten, jene Mörder, die Visektionen vornahmen, jene entmenschte Kamarilla, die den Gasofen zum Grabe Tausender machte... sie klagen wir an, auch an dem Tode unserer Freiheitskämpfer schuldig zu sein.

Als Lange sah, daß es Horeischy und Vollmar Ernst war mit ihrer Absicht, zu retten, was zu retten war, da griff der Mörder zur Waffe und schoß beide Männer nieder. Polizei und Waffen-SS kamen herbei. Der Fall wurde untersucht. Die Freiheitskämpferorganisationen sahen ihren Plan ins Wanken kommen und es gelang nur durch rasch aufgestellte Auf-fangposten, das Argste zu verhindern: die volle Vernichtung der Organisation. Mit dem Verluste des Chemischen Instituts fehlte ein wichtiges Glied im reibungslosen Ablauf der Organisation. Die Aktionen mußten dezentralisiert werden und nur voneinander getrennte Gruppen konnten ihre Kampfkraft mit den vorstoßenden russischen Truppen für die Befreiung Wiens einsetzen. Zur selben Zeit kamen viele andere Helden, wie Dr. Barth, durch Unglück und namenlose Brutalität ums Leben.

Der Tod dieser Blutzegen war jedoch ein Sieg. Denn eine Welt ist aufgestanden, um ihnen Genug-tuung zu verschaffen. Sie haben erkannt, daß die

Schutzbündler und RS

die noch nicht Mitglieder des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sind, melden sich in der nächsten Sprechstunde in ihrem Bezirk oder im Landessekretariat zum Beitritt an.

Wissenschaft der Menschheit ein Segen sein soll und nicht ein Fluch!

Wir erkennen daraus ein Gebot unserer Arbeit: weiter dafür zu sorgen, daß die Wissenschaft nie wieder zerstörend, menschenvernichtend wirke, sondern daß sie helfe, die Menschheit zum Glück und zu dauerndem Frieden zu führen. Medizin ist wieder eine Helferin geworden und nicht der Tod für Tausende von Häftlingen. Die Kräfte der Technik arbeiten für friedliche Aufgaben und nicht zur Bombardierung von Städten und zur Vernichtung von Menschen. Wir Freiheitskämpfer dürfen diese Tatsache nie aus dem Auge verlieren. Wir müssen auch klar jenen Männern entgegenreten, die auch heute noch versuchen, Nationalsozialisten vom Schlage Langes zu verteidigen. Diese Propheten einer abgeurteilten Geschichtsära dürfen nie wieder Erfolge für sich buchen können, soll die zweite österreichische Republik, für die unsere Freiheitskämpfer gestorben sind, bestehen. Der Krieg und seine Unmenschlichkeit wurden für alle Zeiten gestempelt. Sie dürfen nie wieder geduldet werden, soll das Opfer Horeischys und Vollmars nicht umsonst gewesen sein.

Lange, der Mörder Horeischys, war der diabolische Vertreter der schrankenlosen, erpresserischen Diktatur. Das Volk war zum Schweigen verurteilt und ohne Meinungsfreiheit, ohne Idealismus in eine Zwangsknechtschaft gezwungen. Die Rasse wurde zum Herrn über den Geist gesetzt und noch niemals in der Geschichte haben wir tiefere Abgründe gesehen als in der Zeit, wo die Mächte der organisierten Technik sich gegen das schutzlose menschliche Leben wandten — gelenkt durch die Teufelhände von Zerstörernaturen. Nur in der Demokratie beginnt die höhere Gemeinschaft, die alle Menschen bindet und den Weg weist, der zur Reife unserer Ideen führt. Die Liebe zum Volke, die Liebe und das Vertrauen zum einzelnen Menschen, das ist die Demokratie, für die Horeischy und Vollmar starben.

Dadurch, daß sie Werke des Friedens vor dem Griff des Zerstörers schützten, dadurch zeigten sie, daß ihnen eine Welt des Friedens vorschwebte, die erst kommen muß und deren Träger die Jugend Österreichs zu sein hat. Es ist eine unserer großen Aufgaben, dem Frieden und der Völkerverständigung zu dienen und allen Ränkespielen entgegenzutreten, die wieder eine faschistische Diktatur zum Ziele haben. Der Krieg muß ausgerottet werden mit allen Mitteln, die der Menschengestalt nur zu erfinden vermag; Kinder, Frauen, die Jugend und alle Menschen müssen davor geschützt werden. Die Wissenschaft muß — und dies ist ein Vermächtnis unserer toten Kameraden — alle Wege suchen, um den Zielen des Friedens zu dienen. Zuletzt aber wollen wir geloben, stets Freiheitskämpfer mit fanatischem Glauben zu sein. Das leuchtende Beispiel Horeischys und Vollmars soll uns durch unser Leben begleiten. Es soll uns Mut und Zähigkeit, es soll uns Charakterstärke und Einsatzbereitschaft, es soll uns Glauben an die fortschreitenden Kräfte dieser Welt geben und es soll uns nie erlahmen lassen im steten Kampf gegen die dunklen, zerstörenden Kräfte der faschistischen Diktatur. Aus diesem Freiheitskampfe muß ein neues Zeitalter erwachsen. Wir geloben, daß wir nicht rasten und ruhen werden, bevor wir nicht die Jugend Österreichs darüber aufgeklärt haben, welchen Weg das Opfer unserer Toten sie weist, deren Angedenken wir heute feiern. Immer und ewig wird der Glanz und das Licht der Freiheit um die Namen Horeischy und Vollmar strahlen und sie zum Fanal des Aufbruches einer neuen Welt machen.

Im Namen des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus nahmen die Genossen Flußmann und Trimmel an der Gedenkfeier teil und legten im Auftrag des Bundesvorstandes nach Schluß der Ansprachen einen Kranz an der Gedenktafel im Institut nieder.

Vgl. „Stützpunkt Chemisches Institut fällt aus“ auf Seite 15.

Wieder ein Erfolg!

Immer wieder wurden Klagen laut, daß einzelne Finanzämter bei der Absetzung der steuerfreien Pauschbeträge für Lohn- und Einkommensteuer den Besitzern von Amtsbescheinigungen und Opferausweisen Schwierigkeiten machen, wenn diese auch eine Minderung der Erwerbsfähigkeit nachweisen. Wir sind daher an das Finanzministerium mit einer diesbezüglichen Anfrage herangetreten. Nun wurden wir am 15. April 1950 vom Finanzministerium verständigt, daß folgender Erlaß an alle Finanzlandesdirektionen hinausgegangen ist:

Der gemäß § 9 des Opferfürsorgegesetzes in der geltenden Fassung (BGBl. Nr. 198/1949) für Inhaber von Amtsbescheinigungen und Opferausweisen vorgesehene Pauschbetrag ist ohne Rücksicht darauf, ob es sich im einzelnen Fall um selbständig oder nichtselbständig Erwerbstätige, um Pensionisten oder Rentner handelt, in voller Höhe zu gewähren.

Eine Erwerbsminderung im Sinne des Opferfürsorgegesetzes ist einer Kriegsbeschädigung gleichzuhalten. Ist daher ein Steuerpflichtiger im Sinne des Opferfürsorgegesetzes erwerbsvermindert, dann ist **n e b e n** *) dem allgemeinen Pauschbetrag für Inhaber von Amtsbescheinigungen und Opferausweisen (§ 9) der für Kriegsbeschädigte vorgesehene steuerfreie Pauschbetrag entsprechend der tatsächlichen Erwerbsminderung zu gewähren.“

Damit ist eindeutig klargelegt, daß die Steuerermäßigung allen Amtsbescheinigungsträgern und Opferausweisbesitzern zusteht und daß alle unter ihnen, die eine Erwerbsminderung nachweisen können, vor allem also die **Bezieher einer Opferrente, d a n e b e n** den für Kriegsbeschädigte vorgesehenen steuerfreien Pauschbetrag in Anspruch nehmen können.

Gesundheitsminister Bevan grüßt die Schutzbündler!

Während des Aufenthaltes der österreichischen Journalistendelegation in England hatte ein Genosse Gelegenheit zu einer längeren Aussprache mit dem britischen Gesundheitsminister Aneurin Bevan.

„Vergessen Sie nicht, dem österreichischen Volk unsere Grüße zu überbringen. Als Sozialisten werden wir niemals den 12. Februar 1934 vergessen, das Schicksalsdatum, an dem zum **erstenmal ein Volk dem Faschismus bewaffneten Widerstand entgegengesetzt hat**. Wann immer von Österreich gesprochen wird, ist dies **unser erster Gedanke**.

Es erfüllt uns darum mit um so mehr Bitternis und Schmerz, daß Österreich noch immer besetzt und nicht befreit ist. Die Politik der britischen Arbeiterregierung wird weiterhin darauf hinzielen, alles zu unternehmen, was in ihrer Macht liegt, um Österreich bald den Staatsvertrag und die volle Unabhängigkeit zu verschaffen. Österreich ist ein Land, das international ist im besten Sinne des Wortes.“

*) Von der Redaktion hervorgehoben.

Man schreibt uns!

Wir antworten!

Zur Frage der Haftentschädigung

Wenn ich bei der Behandlung dieser Frage auch jede Gruppe der Geschädigten im Auge behalten will, so muß doch gesagt werden, daß eine Entschädigung in erster Linie wohl an die am schwersten Betroffenen zu erfolgen hätte. Zu dieser Gruppe wären jene Personen zu zählen, welche — sagen wir — aus rein politischen Gründen mindestens zwei Jahre im KZ oder im Zuchthaus waren, noch niemals eine kriminelle Strafe zu verbüßen hatten, zu einem bestimmten Stichtag die österreichische Staatsbürgerschaft besaßen und im Besitze der Amtsbescheinigung nach § 4 des OFG. sind. Es wirkt daher etwas komisch, wenn in der letzten Nummer „Der Kämpfer“ von einer Entschädigung ehemals politisch Gemaßregelter gesprochen wird*), wo bis heute noch nicht einmal der Schwerstgeschädigte eine Entschädigung bekam.

Erst wenn einmal diese Gruppe eine Entschädigung erhalten haben wird, kann mit der Behandlung der anderen begonnen werden.

Es darf wohl nicht bestritten werden, daß dies bei ein wenig gutem Willen und Verständnis seitens unserer Regierungsstellen schon längst hätte durchgeführt werden können, da es sich bei dieser Gruppe gar nicht um so einen großen Personenkreis handelt.

Wenn es dem zerstückelten, wirtschaftlich und finanziell noch schwerer getroffenen westdeutschen Bundesstaat möglich war, diese Geldsumme aufzubringen, dann könnte man wohl annehmen, daß dies auch bei uns möglich sein müßte. Ich selbst zähle zu den politisch Gemaßregelten und erhoffe mir auch nichts mehr; ich bedaure nur jene Menschen, welche durch Hingabe ihrer Gesundheit und des Lebens zum Opfer ihrer Idee wurden und als Dank dafür von ihrer Partei vergessen werden. Wenn ein Familien-erhalter drei, vier und noch mehr Jahre in KZ-Haft war, so ist ihm bei der Wiederaufrichtung seines Haushaltes weder durch Versprechungen noch durch Denkmalenthüllungen geholfen. Traurigerweise handelt es sich bei diesem Personenkreis hauptsächlich um Menschen, welche Anhänger unserer beiden großen Parteien sind, deren Führer selbst im KZ waren und heute in der Regierung die wichtigsten Ministerien besetzen. Durch das Ausscheiden dieser enttäuschten Menschen vom aktiven politischen Leben haben sich die Parteien nur selbst am meisten geschadet.

Sehen Sie hinein in die eigene Partei und Sie werden erkennen müssen, daß vom Kampfgeist und Kampfwillen nicht mehr viel zu sehen ist. Durch dieses teilweise Imstichellassen vieler Opfer ist nur eines erreicht: der Widerstandswille im Menschen ist gebrochen und so dem Terror und den Totengräbern der Demokratie wieder Tür und Tor geöffnet. Mit Mitgliedsnummern läßt sich keine Demokratie verteidigen und die Zahl derer, die gewillt sind, noch einmal für eine Idee Gesundheit und Leben zu opfern, ist heute mehr als bescheiden.

Es scheint, daß man bei uns in Österreich die Menschen heute systematisch für den Kommunismus gefügig machen will, so wie vor dem Jahre 1938 dem Nationalsozialismus. So nimmt man ihm jeden Rückhalt.

Sehen Sie hinein in den kommunistisch orientierten KZ-Verband, Sie werden dort auch ganz bestimmt eine Anzahl Ihrer ehemaligen Parteigänger vorfinden.

*) Vgl. „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 2/3, Seite 3.

Diese Menschen sind nicht aus Überzeugung dorthin abgewandert; sie wurden enttäuscht und verstoßen.

Es ist höchste Zeit, sich all dieser Opfer und Menschen anzunehmen und das ihnen angetane Unrecht nach Kräften wiedergutzumachen. Führen wir diese Menschen wieder zurück in unsere Reihen, und wir werden bald erkennen, daß auch in unserer Partei eine andere Atmosphäre und ein neues Leben begonnen hat.

Mit besten Grüßen A. K., Mittersill im Pinzgau

Wie lange noch?

Als ich am Sonntag, dem 23. April 1950, in der „Arbeiter-Zeitung“ den Artikel über die Wiedergutmachung für die öffentlich Angestellten las, was auf eine Anfrage des Abgeordneten Mark Herr Bundeskanzler Figl sagte, da erfuhren wir, daß eine Wiedergutmachung deshalb noch nicht erfolgen konnte, weil „hunderte Millionen Schillinge“ dazu notwendig wären. Der Bundeskanzler betonte dabei auch den derzeitigen Stand der Staatsfinanzen, und ich war erstaunt und empört zugleich, daß dieser Frage nur insoweit Rechnung getragen werden soll, daß neuerliche Verhandlungen eingeleitet werden,

Dazu möchte ich nur sagen, daß die Nachzahlungen an die Nazi ganz sicher viel mehr ausgemacht haben und dafür trotzdem das Geld vorhanden war und daß diese Beträge noch dazu in guten Schillingen ausbezahlt werden. Dazu waren nicht viele Verhandlungen notwendig. Aber nicht nur das — auch ihre Dienstposten bekommen diese Herren zurück, und vielfach eventuell noch bessere! Für diese Leute bedeutet eine solche Vorgangsweise nicht nur eine „Wiedergutmachung“, sondern sogar noch eine Belohnung, da sie durch die Abwertung des Schillings nichts verloren haben.

Für die Opfer des Faschismus bedeutet es einen Schlag ins Gesicht, wenn sie immer wieder sehen müssen, daß jene, die Schuld gehabt haben an all dem Unglück, solcherart noch bevorzugt behandelt werden. Wo bleiben die schönen Worte „Niemand vergessen“? Man spricht bei uns viel zuviel von



„DER SOZIALISTISCHE KÄMPFER“ wird dieser Aufgabe in dem Maße gerecht werden können, als ihr selbst alle mitarbeitet: soll er doch das ausdrücken, das schreiben, was ihr denkt und fühlt, was ihr erstrebt und wofür ihr gekämpft habt und heute erst recht kämpft. Arbeitet daher mit, schickt Beiträge, schreibt unserer Redaktion und denkt immer daran:

**„Der Sozialistische Kämpfer“
ist eure Zeitung!**

Wiedergutmachung, gemacht wird sie für unsere Gegner. Bei den Ansuchen um Freigabe der Sperrkonten war es genau so; die Opfer des Faschismus wurden abgewiesen und die wahren Nutznießer waren wieder meist prominente Nazi und Großkaufleute, die gute Verbindungen hatten. So mancher unserer Genossen hätte das Geld sehr notwendig gebraucht und sich damit helfen können. Aber auch hier waren viele Millionen Schilling an die Unrichtigen ausbezahlt worden. Für die Opfer des Faschismus gibt es nur Vertröstungen und alle möglichen Ausreden.

Wir fordern daher von der Regierung, sich baldigst zu besinnen, wer für ein freies demokratisches Österreich wirklich gekämpft hat und welch große Opfer dafür gebracht wurden. Diesen Menschen muß in erster Linie ihr Recht auf Wiedergutmachung so bald als möglich gewährt werden. Es ist erfreulich zu hören, daß das Bundeskanzleramt der Erledigung dieser wichtigen Frage nicht ablehnend gegenübersteht. Die Opfer des Faschismus wollen nicht nur Worte, sondern endlich auch Taten sehen.

Mit herzlichem Gruß,

Freundschaft!
K. B., Wien XXI.

Ein Brief aus Australien!

Werte Genossen!

Ihr werdet erstaunt sein, von mir einen Brief aus Australien zu bekommen. Aber ich gehöre seit meinem 17. Lebensjahr unserer Partei an, und das ist eine lange Zeit, denn im Dezember vergangenen Jahres war ich bereits 70 Jahre alt. Ich erinnere mich noch an ein Gespräch aus dem Jänner 1938, das ich mit unserem Genossen Mark geführt habe, in dem er mir sagte: „Genossin, wir kommen wieder!“ Nun ist es so weit, und alte Freunde aus der Partei, die wiedererstanden ist, schicken mir eure Zeitungen. Bei der letzten Sendung war auch der „Kämpfer“ dabei. Daraufhin habe ich mich entschlossen, Euch zu schreiben und mich zu erkundigen, was unsere Döblinger Genossen von damals machen...

Ein kräftiges Freundschaft!
Mela Z. (Melbourne)

Wir danken der Genossin, die uns diesen Brief geschrieben hat und wünschen ihr noch nachträglich das Beste zu dem schon einige Monate zurückliegenden 70. Geburtstag. Unsere Zeitung wird von nun an direkt an ihre Adresse geschickt werden.

Freundschaft, Genossin Z.!

Auch bei den Faschisten hat man „sein Recht“ gefunden?

Ein Genosse aus Baden schickt uns einen Brief, aus dem wir ein paar Zeilen veröffentlichen, weil sie einen bezeichnenden Zwischenfall beim Schiedsgericht der Sozialversicherung für Niederösterreich beleuchten. Es geht dabei um Rechtsansprüche, die nach der verschiedenen Auslegung der alten Satzungen und solcher Abänderungen umstritten werden, die von den Nazi willkürlich vorgenommen worden sind. Doch ist die rechtliche Seite bei unserer Zitierung ohne jede Bedeutung.

Im Lauf der mündlichen Streitverhandlung richtete der Senatsvorsitzende, Landesgerichtsrat Doktor Sobalik, an mich die Frage: „Warum haben Sie gegen den Bescheid vom 10. Juli 1937 beim Schiedsgericht nicht Einspruch erhoben?“ Ich erwiderte darauf: „Aber Herr Rat — damals? Bedeutete das in der Zeit des schwarz-grünen oder braunen Faschismus nicht das Geld einfach zum Fenster hinauswerfen, wenn man in solchen Dingen geklagt oder beim Schiedsgericht Einspruch erhoben hätte?“ Gleichzeitig machte ich eine entsprechende Handbewegung gegen das Fenster.

Diese Antwort löste sofort den schärfsten Protest des Beklagtenvertreters aus, der erklärte, er habe einen ganzen Schock von Schiedsgerichtsverhandlungen aus der damaligen Zeit in Erinnerung und wisse, daß solche Prozesse sogar verloren worden wären. Er müsse also gegen meine Behauptung, daß es

damals keine Rechtssicherheit gegeben hätte (er meinte das „1000jährige Reich“), schärfsten Einspruch erheben. Diesen Ausführungen schloß sich auch der Vertreter der Arbeitgebergruppe im Senat an.

Nun machte Landesgerichtsrat Dr. Sobalik der hitzigen Auseinandersetzung zwischen mir und zwei „Unbelehrbaren“ mit folgenden Worten Schluß: „Ich bin gewiß kein Freund dieser verflochtenen Systeme, aber die Behauptung des Klägers,

daß man in der faschistischen Zeit sein Recht nicht fand, wenn man sich darum bemühte, muß ich doch als ganz unbegründet zurückweisen.“

Nun, Genossen, was meint ihr zu dieser unheiligen Dreieinigkeit, die sich anscheinend zur Aufgabe gesetzt hat, den „guten Ruf“ des in Rauch und Trümmern untergegangenen Großdeutschen Reiches zu wahren. Mir nahm es die Luft, ich war sprachlos, und Worte können nicht ausdrücken, was ich in diesem Augenblick empfunden habe.

Ich bin mit unserem altvertrauten Gruß

Freundschaft!

Euer S. J. H. (Baden)

Was will Herr Guido Schmidt?

Aus einem längeren Brief, den uns eine Genossin aus dem 20. Bezirk geschrieben hat, veröffentlichen wir eine Stelle, die uns alle angeht; die uns mahnt, stets und unermüdlich auf der Hut zu sein, um überall dort eingreifen zu können, wo es not tut. Die anderen sind findig — wir müssen diese Überdauerer und durch die Maschen des Gesetzes Entschlüpfen an Findigkeit um vieles übertreffen. So werden wir sie treffen und ihre Ränke unschädlich machen, wo immer es auch sein mag.

Wir haben bestimmt im Jahre 1945 ehrlich alle mitgeholfen, diesem ausgebluteten Staat und uns selbst wieder ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, und jetzt kommt ein Guido Schmidt und verlangt eine Nachzahlung!

Diese Wegbereiter des Nazismus waren die Schuschniggs und die Guido Schmidts. Denken wir doch nach — selbst die Inschrift am Grabstein unseres Genossen Weissel war ihnen ein Dorn in ihrem (austrofaschistischen) Auge.

Fragen Sie eine Mutter, die ihren Sohn durch diesen Dollfuß-Schergen verlor — die Gräber am Zentralfriedhof, Gruppe 40, geben die Beweise! Hat so eine Mutter eine Nachzahlung bekommen? Da war kein Gesetz, sondern das Gebot „Du sollst nicht töten!“. Das soll man heute noch dem Herrn Dr. Margaretha ins Gedächtnis zurückrufen! Ich glaube, wir sind da viel zu bescheiden! Wir brauchten ein Gesetz! Gerade diese Nachzahlungen müßten eingestellt werden! Noch dazu, wo die Opfer dieser Schmidts und anderer Kollaborateure noch immer auf die Wiedergutmachung warten, weil angeblich kein Geld da ist.

Da möchte ich fragen, wie viele Wochen Erholungsurlaub für unsere Kinder wäre dieser Betrag, den zu verlangen sich Herr Schmidt nun anmaßt?
B. V., Wien XX.

DER LESER hat das Wort!

Unter diesem Titel werden wir von nun an Zuschriften unserer Leser veröffentlichen und zur Diskussion stellen. Wir hoffen, daß die Genossinnen und Genossen von dieser neuen Möglichkeit regen Gebrauch machen. Allerdings bitten wir, zwei Voraussetzungen zu beachten: Alle Briefe, die für diese Rubrik bestimmt sind, sollen möglichst kurz sein — bitte, aber nur einseitig schreiben — und nur das Wesentliche einer Sache enthalten.

Und der Redaktion beziehungsweise dem Redaktionskomitee muß die Auswahl oder eventuell nur die auszugsweise Veröffentlichung vorbehalten bleiben.

Wir bitten jeden Einsender eines solchen Briefes, uns gleich mitzutellen, ob er die volle Nennung seines Namens wünscht; sonst werden so wie in der Spalte „Man schreibt uns“ nur die Initialen mit abgedruckt.

Rückstellungsmätzchen

Ein Handwerksmeister stellt den Antrag auf Rückstellung seines Geschäftes und seiner Werkstatt. Er überreicht die Klage, und vom Gericht wird eine Frist von vier Wochen zur Klagebeantwortung festgesetzt.

Am letzten Tage vor Ablauf der Frist verlangt der gegnerische Anwalt eine Verlängerung der Frist um zwei Monate, weil — ja weil er weitläufige Erhebungen in der „seinerzeitigen Konkursache im Handelsregister“ zu pflegen hat. Die Frist wird natürlich gegeben und es sind wieder einige Monate gewonnen.

So kann man die einfachsten Dinge auf Jahre hinauszuziehen.

Die „Erhebungen“, welche vom Anwalt als weitläufig bezeichnet worden waren, hat der Meister — der juristische Laie! — an einem Tage durchgeführt, weil er ja wußte, daß er nicht nur nie Schulden gehabt, sondern auch schon gar nicht im Konkurs gewesen ist...

Das Lustigste dabei ist, daß ja ein kleiner Schuhmacher — weil nicht protokolliert — gar nicht im Handelsregister, sondern im Register des Landesgerichts für Zivilrechtssachen zu finden ist!

Man hat dem Handwerker in fünf Minuten sein Geschäft genommen und will es nun nicht mehr zurückgeben!

Wer schiebt da einen Riegel vor?

Mit Freundschaftsgruß

M. A. (Wien)



Wer kennt Martin Sommer?

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Oberlandesgerichte Bamberg 4 Js 360/49 (0 Js 1/49)
Dr. Johann Ilkow
Oberstaatsanwalt

Betrifft: Strafverfahren gegen den früheren SS-Haupt-scharführer und Arrestaufseher im Konzentrationslager Buchenwald Martin Sommer.

Am 22. Februar 1950 gelang es den die Untersuchung gegen Ilse Koch führenden bayrischen Justizbehörden, den berühmten Bunkerhaken von Buchenwald, Martin Sommer, im Versehrtenkrankenhaus Bayreuth zu ermitteln. Sommer wurde festgenommen, in Untersuchungshaft gezogen und nach dem Gefängnis St. Georgen-Bayreuth überstellt.

Am 28. Februar 1950 habe ich mit dem Antrag auf Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung öffentliche Klage gegen Martin Sommer erhoben. Darin wird er beschuldigt, in den Jahren 1938 bis 1942 als Aufseher im Zellenbau (Bunker des Konzentrationslagers Buchenwald) zahlreiche Auspeitschungen an Häftlingen auf dem Bock vorgenommen zu haben, wobei die von ihm Mißhandelten erhebliche Verletzungen erlitten, an deren Folgen manche heute noch leiden, ein anderer Teil der Mißhandelten aber an den Folgen der Auspeitschungen verstarben. Auch innerhalb des Bunkers hat der Beschuldigte an den dort einsitzenden Häftlingen schwerste Grausamkeiten verübt. Auch hat er eine noch nicht feststehende Anzahl von Bunkerinsassen dort allein oder mit anderen zusammen durch Erhängen, Erwürgen, Vergiften oder Erschlagen getötet.

Das auf Antrag der Anklagebehörde solcherweise gegen Sommer eingeleitete Verfahren bleibt vorerst mit jenem gegen Ilse Koch verbunden.

Als Vertreter der Anklagebehörde bitte ich Sie, mir umgehend mitteilen zu wollen, ob Sie Tatsachen bekunden können, die für die Beurteilung des Falles Martin Sommer von Erheblichkeit sind.
Dr. Ilkow

Kameraden aus dem KZ Buchenwald bitten wir, uns so rasch als möglich zu schreiben, wenn sie über den SS-Henker Sommer Angaben machen können. Wir werden das so gesammelte Material von uns aus an die Generalstaatsanwaltschaft nach Bamberg weiterleiten.

Aus dem Wiener Landesverband

Fahrbegünstigungen auf Autobuslinien

Weißt du schon, Genosse, welche Linien du mit deinem Schwerstbeschädigtenausweis gratis benützen kannst?

Daß du dir einen solchen Ausweis beim zuständigen Landesinvalidenamts schon beschafft hast, falls du der Versehrtenstufe III oder IV angehörst und eine entsprechende Rente beziehst (seit 1. Jänner 1950, falls deine Erwerbsminderung 70 Prozent oder mehr beträgt), nehmen wir als gegeben an. Da im allgemeinen die Auffassung vertreten ist, daß dieser Ausweis nur zur Benützung der Straßenbahn und der Autobusse im Stadtverkehr berechnete, wollen wir eine Liste von Postautobuslinien angeben, die im **O r t s v e r k e h r** mit dem Ausweis ebenfalls gratis benützt werden können.

a) Reiner Ortslinienverkehr:

Kurs 610: Wien I—Neuwaldegg—Scheiblingstein—Unter - Kirchbach—Steinriegl—Sievering—Wien I.

Kurs 611: Hütteldorf—Siedlung Jägerwald.

Kurs 725: St. Georgen am Steinfeld—Spratzern—St.Pölten-Viehofen.

Kurs 739 und 739 b: Rundlinie in St. Pölten.

Kurs 771: Aspang—Mariensee.

Kurs 775: Aspang—Zöbern.

b) Fernlinien, die mit separaten Kursen einen Ortslinienverkehr ausführen:

Kurs 612: Hütteldorf—Mauerbach—Königstetten—Tulln. (Nur die Kurse bis Mauerbach und zurück.)

Wien 615: Wien—Mauer—Breitenfurt—Laab im Walde — Wolfsgraben — Unter-Tullnerbach—Hinter-Tullnerbach. (Nur die Kurse bis Breitenfurt beziehungsweise Laab im Walde und zurück.)

Kurs 617: Wien—Mauer—Kalksburg—Breitenfurt—Heiligenkreuz—Alland. (Nur die Kurse bis Breitenfurt beziehungsweise Sulz und zurück.)

Kurs 616: Wien—Mauer—Sulz—Heiligenkreuz Alland. (Nur die Kurse bis Sulz und zurück.)

Kurs 635: Wien—Groß-Enzersdorf—Probstdorf—Franzensdorf—Orth an der Donau—Stopfenreuth. (Nur die Kurse bis Orth an der Donau und zurück.)

Kurs 772: Aspang—Mönichkirchen—Friedberg. (Nur die Kurse bis Mönichkirchen und zurück.)

Wir hoffen, daß diese Mitteilung manchem Genossen sehr erwünschte Hinweise geben wird. Änderungen oder zusätzliche Begünstigungen auf weiteren Linien werden wir im „Kämpfer“ fallweise wieder bekanntmachen.

„Niemals vergessen!“

Gedenksteinenthüllung in Floridsdorf

Diese Inschrift stand auf der Schleife eines Kranzes, der am 8. April 1950 von unserem Genossen Viktor Marsal bei der Enthüllung des Gedenksteines für drei Opfer des Nationalsozialismus niedergelegt wurde; für drei Offiziere der deutschen Wehrmacht, Major Biedermann, Hauptmann Huth und Oberleutnant Raschke.

Warum diese Inschrift? Diese Frage birgt eine Gegenfrage in sich: Wer waren die drei Offiziere, wer war vor allem Major Biedermann? In der Antwort auf diese Frage enthüllt sich uns erneut die blutige Tragik des Austrofaschismus, der unter dem fadenscheinigen Vorwand — oder manchmal in der wirklichen Illusion —, den Nationalsozialismus aufzuhalten, im Februar 1934 die österreichische Arbeiterschaft mit Kanonen niederkartätschte, um 1938 ohne einen Gewehrstoß vom Nationalsozialismus überannt zu werden.

Als die Kanonen der Dollfuß und Fey gegen den Karl-Marx-Hof ihr Werk getan hatten, da zog an der Spitze der Heimwehrsöldlinge derselbe Major Biedermann in dieses Bollwerk des revolutionären Sozialismus ein, der dann im Jahre 1945, als die Kanonen der Befreiung schon in den Bezirken Wiens donnerten, seinen Versuch mit dem Tod am Galgen büßen mußte, durch Verhandlungen mit den heranziehenden Russen die Schrecken des Straßenkampfes von Wien fernzuhalten. Wir wissen, daß Biedermann in den letzten Monaten des Krieges alles darangesetzt hat, um Österreich, seine und unsere Heimat, seine und unsere österreichischen Brüder zu retten; wir wissen aber auch, daß der März 1938 undenkbar gewesen wäre ohne den Februar 1934, und daß so der 8. April 1945, an dem Biedermann und seine Kameraden das Leben ließen, eine unerbittliche Konsequenz jenes 12. Februar 1934 ist, der Wallisch, Weissel, Münchreiter, Swoboda und die vielen anderen Kämpfer für Freiheit und Recht aus unserer Mitte riß.

Darum wiederholen wir am Gedenkstein dieser drei Gemordeten wieder:

„Niemals vergessen 1934—1945“

Die Feuerwehr gedenkt ihrer Opfer

Anläßlich des 5. Jahrestages der Befreiung von Mauthausen hat die Fachgruppe Feuerwehr unseres Bundes am 4. Mai 1950 eine Kundgebung veranstaltet, bei der Polizeipräsident Genosse Josef Holaubek die Gedenkrede hielt. Die Kundgebung, an der neben den Genossen von der Feuerwehr auch der Bundesvorstand und starke Deputationen unserer Bezirksgruppen teilnahmen, fand vor der Feuerwehrezentrale, Wien I, Am Hof, statt, vor der Gedenktafel für die von den Faschisten ermordeten Feuerwehrleute.

Die Kundgebung, an der auch die Kapelle der Feuerwehr mitwirkte, nahm einen würdigen Verlauf und war ein erhebender Auftakt für die Kundgebung am folgenden Tag in Mauthausen, über die wir an anderer Stelle berichten¹⁾.

Donaustädter Frauen in Ebensee

Anläßlich des Internationalen Frauentages in Salzburg veranstalteten die Donaustädter Frauen auch eine Fahrt in das Salzkammergut. Der Lenker des Autobusses, ein braver Genosse, hob während der Fahrt in Ebensee die traurige Berühmtheit dieses lieblichen Ortes hervor. Er erzählte, daß es die Nazi-Verstandenen haben, das Konzentrationslager hier so geheimzuhalten, daß die Bevölkerung in Salzburg

¹⁾ Vgl. Seite 12 der vorliegenden Nummer.

und auch die nähere Umgebung von diesem Schandmal der deutschen Kultur nichts gewußt hat.

Auf der Heimfahrt wurde beim KZ-Friedhof Ebensee haltgemacht und die Frauen besuchten die Gräber. Kreuz an Kreuz und viele Sterne, wie sie die Juden unter Hitler tragen mußten, sind auf diesem Friedhof inmitten der Bergwelt aneinandergereiht. Nach einigen Minuten der Weihe gelobten die Genossinnen, vereint mit allen Kräften, derer sie fähig sind, die Fackel unserer sozialistischen Idee weiterzutragen, auf daß der Welt doch einmal wirklicher Friede und Menschlichkeit werde, daß die Opfer, zu Millionen vom Nazifaschismus hingemordet, die hier und anderswo ruhen, nicht umsonst so arm und elend gestorben sind.

Tief ergriffen verließen die Donaustädter Frauen den KZ-Friedhof von Ebensee.

Unsere Auskunftsstelle

Bundesvorstand und Wiener Landesvorstand haben eine gemeinsame Auskunftsstelle im Parteihaus, Wien I, Löwelstraße 18, eingerichtet, an die sich in Hinkunft jeder Genosse wenden kann, der von seiner Bezirksgruppe an den Bundesvorstand oder den Landesvorstand gewiesen wird. Auch alle Zuschriften sind an diese Stelle zu richten. Genossin Maria Wache hat ehrenamtlich die Leitung dieser Stelle übernommen und wird täglich von Montag bis Freitag von 14 bis 16 Uhr anzutreffen sein.

Der Auskunftsstelle angegliedert ist auch eine juristische Sprechstunde, die Genosse Dr. Anton Pick an jedem Dienstag von 18 bis 20 Uhr abhalten wird.

Wir sind überzeugt, daß mit dieser Neueinrichtung einem dringenden Bedürfnis und Wunsch unserer Mitglieder Rechnung getragen wird.

Die Bezirke berichten:

Innere Stadt

Die Jahresversammlung der Bezirksgruppe Innere Stadt des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus fand am 16. Februar 1950 statt.

Der Vorsitzende, Genosse Cmejrek, gedachte zuerst des verstorbenen Genossen Harwath und gab ein kurzes Bild der Tätigkeit unseres Bundes. Das Wahlkomitee, bestehend aus den Genossen Schein und Michalek, wurde einstimmig gewählt. Genosse Katz gab den Kassenbericht. Genosse Fischer berichtete über die Opferfürsorgetätigkeit im Bezirke. Die Genossen Cmejrek, Kolm, Fischer, Katz, Liebermann und Genossin Krell wurden einstimmig gewählt. Entschuldigt waren die Genossen Planek, Prem und Pleyer. Bei der am 27. März 1950 stattgefundenen konstituierenden Sitzung des Bundes wurden Genosse Josef Cmejrek als Obmann, Genosse Arthur Katz als Kassier, Genosse B. Liebermann als Schriftführer, Genosse Heinrich Fischer als Opferfürsorgereferent und Katasterführer und an Stelle des Genossen Wilhelm Krell Genossin Herma Krell als Beisitzerin einstimmig gewählt.

Mariahilf

Die organisatorische Tätigkeit der Bezirksgruppe Mariahilf des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus erstreckte sich vor allem auf die Überleitung der bisher im Opferfürsorgereferat geführten Mitglieder der SPÖ, welche politisch verfolgt gewesen waren. Es wurden auch solche ehemals politisch Verfolgte erfaßt, welche zum Zeitpunkt ihrer Anmeldung keiner politischen Partei angehört haben und als parteilos von der Bezirksgruppe betreut worden sind.

Die Sprechstunden des Opferfürsorgereferenten, der in Mariahilf zugleich Obmann der Bezirksgruppe ist, wurden regelmäßig an jedem Donnerstag von 18 bis 20 Uhr abgehalten. Die Sprechstunden erfreuten sich des lebhaftesten Zuspruches. Die Rat- und Auskunftserteilung erstreckte sich auf 152 Beratungen (Beruf, Wohnung, Krankheit, Versicherung) und 74 Auskünfte aller Art (22 Interventionen — Bezirksvorstehung, Arzt, Zahnarzt, Fürsorgeinstitut, Delogierung).

An den Sitzungen des Landesverbandes Wien hat der Obmann und Opferfürsorgereferent jedesmal teilgenommen, und der Bezirk Mariahilf war demnach jedesmal vertreten.

An den verschiedenen Feiern und Veranstaltungen, die der Landesverband Wien des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer angesetzt hatte, nahmen stets zahlreiche Mariahilfer Mitglieder teil. Zu erwähnen ist besonders die Feier am Vorabend des 80. Geburtstages des mittlerweile dahingeschie-

denen Ehrenpräsidenten des Bundes, unseres Altbürgermeisters Genossen Karl Seitz, am 3. September 1949.

Die Feiern am 17. Juli 1949 auf der Predigerstuhlwiese sowie am 1. Mai 1949, an welchen die Bezirksgruppe geschlossen teilgenommen hatte, nahmen einen erhebenden Verlauf.

Zur Weihnachtsfeier der Volkshilfe Mariahilf konnte die Bezirksgruppe diesmal nur zwei Kinder entsenden.

Die weitere Arbeit der Bezirksgruppe Mariahilf besteht im organisatorischen Ausbau unserer Gruppe und der möglichst vollständigen Erfassung aller in Frage kommenden Personen, die in Mariahilf ihren Wohnsitz haben. Die enge Zusammenarbeit mit dem Bezirkssekretariat der Partei und der Bezirksvorstehung, vertreten durch unser Ausschußmitglied Hofrat Genossen Dr. Franz Löwner, welchem bei dieser Gelegenheit unser aller Dank gebührt, sowie auch mit dem Bezirksobmann der Partei, unserem Mitglied Genossen Bruno Marek, wird auch weiterhin ein Ansporn für den Kampf unserer Bezirksgruppe um das Recht und die Besserung der sozialen Lebensbedingungen für alle ehemals politisch Verfolgten sein. Der schärfste Kampf gegen Neofaschismus und Antisemitismus ist eine der ersten Aufgaben unserer Bezirksgruppe.

Josefstadt

Bei der am 27. April 1950 um 19.30 Uhr im Parteiheim, VIII, Josefstädter Straße 39, stattgefundenen Generalversammlung mit der Tagesordnung:

1. Berichte,
2. Referat des Genossen K. H. Sailer: „Faschismus und dessen Gefahren“,
3. Neuwahlen,
4. Allfälliges

wurden nach dem ausgezeichneten Referat des Genossen K. H. Sailer folgende Genossen in die Bezirksleitung gewählt:

1. Obmann: Genosse Franz Jira;
 2. Obmann: Genosse Robert Gronemann;
 - Schriftführer: Genosse Ferdinand Wasserberger;
 - Kassier: Genosse Franz Cerny;
 - Opferfürsorgereferent: Genosse Ferdinand Weiner;
 - Kontrolle: Die Genossen Otto Steiner und Franz Dechat.
- Der Vortrag des Genossen Sailer löste eine lebhaft Diskussion aus. Zu den Berichten sprachen Genosse Weiner für das Opferfürsorgereferat, der sehr ausführlich die durch das Referat bereits geleistete Arbeit darstellte. Genosse Gronemann sprach für die Freiheitskämpfer und forderte die Genossen auf, für den Bund zu werben. Genosse Jira brachte den Kassenbericht und gleichzeitig einen Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Um 21.30 Uhr wurde die Generalversammlung geschlossen.

Simmering

Die Jahresversammlung der Bezirksgruppe Simmering des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus fand am 15. Februar 1950 statt.

Die Tagesordnung umfaßte 4 Punkte:

1. Berichte des Obmanns,
2. Wahl der Bezirksleitung,
3. Wahl der Delegierten,
 - a) Landesjahresversammlung,
 - b) Bundesjahresversammlung,
4. Allfälliges.

Vor Eingang in die Tagesordnung wurde für den verstorbenen Genossen Karl Seitz eine Trauerrminute eingehalten. Die vorgelegte Tagesordnung wurde von der Versammlung zur Kenntnis genommen. Dann folgte der Bericht über die Tätigkeit des Bundes und der Bezirksleitung. Während des Berichtes erschien Genossin Jochmann in der Jahresversammlung und hielt über den Zweck des Bundes ein ausführliches Referat, das von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen wurde.

In die Bezirksleitung wurden nachstehende Genossen gewählt:

1. Obmann: Genosse Rudolf Neubauer.
2. Obmann: Genosse Johann Janak.
- Beisitzer: Die Genossen Emil Brezina, Franz Besel, Josef Planer, Ladislav Zib.

Für das Opferfürsorgereferat wurde Genosse Max Wopenka in die Bezirksleitung kooptiert.

Als Delegierte wurden die beiden Obmänner der Bezirksleitung bestimmt.

In der abgehaltenen Diskussion wurde auch festgelegt, daß jedes Vierteljahr mindestens eine Mitgliederversammlung abzuhalten ist.

Meidling

Der am 9. Februar 1950 in der Jahres- und Mitgliederversammlung gewählte Bezirksausschuß setzt sich aus folgenden Genossen zusammen:

1. Obmann: Genosse Johann Cäsar.
2. Obmann: Genossin Helene Gabriel.
- Kassier: Genosse Anton Kräuter.
- Schriftführer: Genosse Karl Swoboda.
- Opferfürsorge: Genosse Felix Wechsberg.
- Kontrolle: Genossin Theresia Holoubek, Genosse Hans Filipic.

Penzing

Bei der am 9. Februar 1950 abgehaltenen Jahresversammlung im Arbeiterheim Penzing wurden folgende Funktionäre einstimmig gewählt:

1. Obmann: Genosse Friedrich Glück.
2. Obmann: Genosse Fritz Stoffaneller.
- Kassier: Genosse Clemens Traxler.
- Schriftführer: Genosse Friedrich Dinter.

Beisitzer: Genosse Johann Capra, Genossin Josefine Capra. Opferfürsorgereferat: Die Genossen Raimund Litavsky, Clemens Traxler.

Delegierte zur Bundeskonferenz: Die Genossen Friedrich Glück, Raimund Litavsky.

Delegierte zur Landeskonferenz: Die Genossen: Friedrich Glück, Fritz Stoffaneller, Raimund Litavsky, Clemens Traxler, Friedrich Dinter.

Rudolfsheim-Fünfhaus

Die Jahresversammlung der Bezirksgruppe Rudolfsheim-Fünfhaus fand Mittwoch, den 15. Februar 1950, um 19 Uhr im Arbeiterheim Wien XV, Hackengasse 13, statt. Von der Bezirksorganisation war Bezirksobmann Genosse Hayek als Gast erschienen. Nach den Berichten der Gruppenfunktionäre und der Durchführung der Neuwahlen erschien Genossin Rosa Jochmann. Sie hielt ein äußerst beifällig aufgenommenes Referat, an das sich eine lebhaft Diskussion mit vielen Anfragen anschloß. Genossin Jochmann nahm im Schlußwort zu allen in der Diskussion aufgeworfenen Fragen Stellung und wies noch einmal auf die Notwendigkeit und die Aufgaben des Bundes der sozialistischen Freiheitskämpfer hin. Sie rief alle Anwesenden auf, am Ausbau des Bundes mit aller Kraft mitzuhelfen.

Ottakring

In der am 9. Februar 1950 stattgefundenen Jahresversammlung wurden folgende Delegierte gewählt:

- Für die Bundeskonferenz: Die Genossen Ludwig Heine-mann, Leopold Herzog, Karl Ehrlich.
Für die Landeskonferenz: Die Genossen Ludwig Heine-mann, Leopold Herzog, Ludwig Tuma, Gustav Hagner, Karl Linert, Friedrich Eibicht, Karl Grysa.

Hernals

Bei der am Donnerstag, den 9. Februar 1950, abgehaltenen Bezirksjahresversammlung der Bezirksgruppe Hernals waren 51 Mitglieder anwesend.

Das Referat des Genossen Hans Jiricek „Wir und der Neofaschismus“ hatte großen Beifall.

Es wurden gewählt:

1. Obmann: Genosse Robert Blau.
2. Obmann: Genosse Karl Brosch.
- Kassier: Genosse Rudolf Kromer.
- Schriftführer: Genosse Leopold Pischlöger.
- Kontrolle: Genosse Ludwig Matzka, Genossin Marie Hastaba.

Delegierte zur Wiener Landesjahreskonferenz: Genossin Marie Goebel, Genosse Karl Brosch, Genosse Rudolf Kromer, Genosse Ludwig Matzka.

Delegierte zur Bundesjahreskonferenz: Genosse Karl Brosch, Genosse Rudolf Kromer.

Währing

Bei der am 17. Februar 1950 abgehaltenen Jahresversammlung, welche im Arbeiterheim, XVIII, Leitnermayergasse 45, stattfand, wurden folgende Genossen gewählt:

1. Obmann: Genosse Franz Ziegler.
 2. Obmann: Genosse Dr. Moses Löw.
 - Kassier: Genosse Viktor Fleischmann.
 - Kontrolle: Genossin Margit Löw.
 - Schriftführerin: Genossin Amalie Püringer.
- Referenten für Opferfürsorgeangelegenheiten: Die Genossen Dr. Moses Löw und Viktor Fleischmann.
Delegierte zur Bundesversammlung: Die Genossen Franz Ziegler und Viktor Fleischmann.
Delegierte zur Landesversammlung: Die Genossen Franz Ziegler, Viktor Fleischmann und Amalie Püringer.
Delegierter zur Bezirkskonferenz: Genosse Viktor Fleischmann.

Referent war Nationalrat Genosse Robert Uhlir. Er hielt ein ausgezeichnetes Referat über wirtschaftliche und politische Angelegenheiten, welches von unseren Genossen mit großem Interesse angehört wurde.

Döbling

Bei der am 14. Februar 1950 im Parteiheim der SPÖ Döbling stattgefundenen Jahresversammlung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer wurden nachstehende Genossen und Genossinnen einstimmig gewählt:

1. Obmann: Genosse Johann Haas.
2. Obmann: Genosse Josef Fronek.
- Kassier: Genosse Josef Kalivoda.
- Schriftführer: Genossin Marie Wache.
- Stellvertreter: Genosse Oskar Passauer.
- Kontrolle: Die Genossen Franz Berlinger, Georg Metzl.
- Opferfürsorgereferat: Die Genossen Johann Haas, Georg Metzl.

Delegierte zur Bundeskonferenz: Die Genossen Johann Haas, Georg Metzl, Oskar Passauer.

Delegierte zur Landeskonferenz: Genosse Johann Haas, Genosse Georg Metzl, Genossin Maria Wache, Genosse Rudolf Cervenka, Genosse Josef Löffelmann, Genosse Josef Frank (Ersatz).

Brigittenau

Nach der Auflösung des überparteilichen KZ-Verbandes ergab sich für die Sozialistische Partei die Notwendigkeit, für ihre politischen Opfer eine Betreuungsstelle zu errichten; es wurde das Opferfürsorgereferat in allen Bezirken Wiens geschaffen. Doch im Laufe der Zeit ergab sich eine neue Möglichkeit, unsere Arbeit zu intensivieren: die Verschmel-

zung des Bundes der sozialistischen Freiheitskämpfer und des Opferfürsorgereferates der Sozialistischen Partei zu einer einheitlichen Organisation. Diese Verschmelzung vollzog sich am 12. März 1949 und die neue Organisation erhielt die Bezeichnung „Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus“.

In der Brigittenau konnten wir erst am 1. April 1949 diese Verschmelzung zu einer Bezirksgruppe durchführen.

Doch durch die Erkrankung unseres Obmannes, Genossen Kaschik, und die inzwischen einsetzende Wahlbewegung konnte die Bezirksgruppe nicht die entsprechende Tätigkeit entwickeln. Genosse Kaschik hat uns am 3. September 1949 für immer verlassen. Dieser Verlust bedeutete wieder ein Hindernis in unserer Entfaltung und erst nach dem abgeschlossenen Wahlkampf und seinen Nachklängen konnte die Bezirksgruppe ihre Arbeit aufnehmen.

Am 19. September fand im Bezirksheim, XX, Raffaelgasse 11. eine Wählerversammlung mit 2 Referenten und unter Mitwirkung eines politischen Kabarettis statt, die sehr gut besucht war und viel Beifall fand.

Am 12. Dezember veranstalteten wir einen Freundschaftsabend, bei dem Nationalrätin Genossin Jochmann sprach und ein politisches Kabarett mitwirkte. Auch diese Veranstaltung war gut besucht und fand großen Beifall.

Die Arbeit im Opferfürsorgereferat war sehr erfolgreich und die Betreuung umfaßte 113 Betreute.

Bei der am 13. Februar 1950 stattgefundenen Jahresversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuß gewählt:

1. Obmann: Genossin Philomena Haas.
 2. Obmann: Genosse Johann Kaps.
 3. Obmann: Genosse Franz Fischer.
 1. Kassier: Genosse Johann Kutschera.
 1. Schriftführer: Genosse Johann Stroh.
- Beisitzer: Die Genossen Emmerich Kovac, Josef Mauritz, Josef Loibl, Otto Bergauer.
- Kontrolle: Die Genossen Rudolf Michnig, Leopold Zaibl und Jansa Alois.
- Delegierter zur Bezirkskonferenz: Genosse Franz Fischer.

Donaustadt

Bei der am 10. Februar 1950 im Bezirkssekretariat abgehaltenen Generalversammlung der Bezirksgruppe Donaustadt wurden folgende Genossen gewählt:

1. Obmann: Genosse Franz Bubenik (Kagran).
 2. Obmann: Genosse Josef Charwat (Stadlau).
 - Kassier: Genosse Rudolf Mautner (Eßling).
 - Schriftführer: Genosse Otto Huschak (Kaisermühlen).
 - Kataster: Genosse Wenzel Nejedly (Kagran).
- Kontrolle: Genossin Martha Stollewerk (Aspern), Genosse Theodor Binder (Hirschstetten).
- Delegierter zur Bezirkskonferenz: Genosse Otto Huschak.
- Delegierte zur Jahresversammlung: Genosse Franz Bubenik, Genosse Josef Charwat, Genosse Otto Huschak, Genossin Martha Stollewerk, Genosse Rudolf Mautner.
- Delegierte zur Bundesversammlung: Die Genossen Franz Bubenik, Josef Charwat, Otto Huschak.

Liesing

Am 21. Mai 1949 fand die Gründungsversammlung unserer Bezirksgruppe des „Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus“ statt. Sie besteht derzeit aus 50 Mitgliedern.

Wir führten zahlreiche Interventionen durch, unter anderem wegen Anrechnung von Haftzeit und Nachzahlung der Pensionsbezüge, wegen Rentenerhöhung, NS-Möbelrückerstattung und Kündigung des Dienstverhältnisses als öffentlich Angestellter.

Fast alle Interventionen brachten den gewünschten Erfolg. Bei vielen Wiener Kundgebungen war unser Bezirk vertreten. Die größte Kundgebung des Bundes, die in unserem Bezirk abgehalten wurde, war die Gedenkfeier auf der Predigerstuhlwiese am 17. Juli vergangenen Jahres. Hier fanden sich tausende Wiener Genossen und Genossinnen zusammen, unter ihnen viele, die am 15. Juli 1934 dabei waren und zusehen mußten, wie unsere Genossen Fröhlich und Lehmann von der Heimwehr ermordet wurden. Die Angehörigen der Genossen Fröhlich und Lehmann sowie Genosse Reitmeier, der damals schwer verwundet wurde, nahmen an der Kundgebung teil und waren ebenso tief ergriffen wie die Tausende, die den Platz umsäumten, auf dem damals diese Opfer fielen.

Es waren Minuten tiefster Ergriffenheit, als Genossin Jochmann ihre Rede, die sie an jenem 15. Juli 1934 unterbrechen mußte, an diesem 17. Juli mit den Worten vollendete: „... und das ist das Herrliche, Große in der Welt: Unser Banner muß stehen!“

Die Fachgruppen berichten:

Polizei

Am 31. Mai 1950 um 17.30 Uhr findet im Parteihaus der SPÖ, Wien I, Löwelstraße 18, die Gründungsversammlung der Fachgruppe Polizei, Sicherheitswache, Kriminalbeamte und Verwaltung innerhalb des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus statt.

Tagesordnung:

1. Begrüßung.
 2. Wahl eines Wahlkomitees.
 3. Referat des Genossen Karl Mark: „Wiedergutmachung der öffentlich Angestellten.“
 4. Allfälliges.
- Es wird gebeten, Parteimitgliedsbuch und Einladung mitzunehmen.

Donaufelderstr. 44/3/13
Wien 21.
R A T S & I V I R T O R

V. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Sprechstunden in unseren Bezirksgruppen

1. Werdertorgasse 9 Mi. 16 bis 18 Uhr
2. Praterstraße 25a Di. u. Do. 16 bis 18 Uhr
3. Landstraße Hauptstraße 41 Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60b Mo. u. Do. 18 bis 19 Uhr
5. Bacherplatz 14 Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 18 bis 19 Uhr
7. Neubaugasse 25 Do. 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9. Dreihackengasse 7 Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Dampfgasse 35 Mi. 17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 Mo. u. Fr. 17 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 Fr. 18 bis 19 Uhr
13. Hietzinger Hauptstraße 22 Mo. 17.30 bis 19.30 Uhr
14. Linzer Straße 297 Fr. 17 bis 19 Uhr
- 15a. Hackengasse 13 Mi. 17 bis 19 Uhr
- 15b. Rustengasse 9 Di. u. Fr. 18 bis 19.30 Uhr
16. Schuhmeierplatz 18 Do. 17 bis 19 Uhr
17. Kalvarienberggasse 28 a Mi. 17 bis 19 Uhr
18. Leiternmayergasse 45 Fr. 17 bis 19 Uhr
19. Billrothstraße 48 Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11 Do. 17.30 bis 20 Uhr
21. Brünner Straße 38, Schlingenhof, Stiege 18 Mo. 17 bis 19 Uhr
22. Donauefelder Straße 259 Mo. 18 bis 19 Uhr
25. Liesing, Breitenfurter Straße 2 jeden 1. und 3. Mo. 18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei

1. Postgasse, 7, Stiege I,
2. Stock, Zimmer 36 Mi. 16 bis 18 Uhr

Wir bitten, alle unsere Genossen auf die Sprechstunden in den Bezirksgruppen aufmerksam zu machen.

Redaktionsschluß für die nächste Nummer: 10. Juli 1950

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18, Tel. A 28-5-20. Alleinige Anzeigenannahme: Annoncen-expedition Werbe-Fischer, Wien VI, Hofmühlgasse 18. Postsparkassenkonto Nr. 180.925. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“, Wien V, Rechte Wienzeile 97.